

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich:

Die Umsetzung des 3. Binnenmarktpakets mit Stärkung und Absicherung der Verbraucherrechte wird grundsätzlich positiv für die KonsumentInnen beurteilt. Es fehlt allerdings der Bereich "Energiearmut" bzw. das Recht finanziell benachteiligter Personen in Österreich (ca. 250.000 Personen) auf Energie in Form von Strom und Wärme. Der vorliegende Entwurf wäre eine gute Gelegenheit gewesen, ein wichtiges Signal in Richtung dieser immer größer werdenden Bevölkerungsgruppe zu geben. Andere Mitgliedsländer der Europäischen Union, wie etwa Belgien, Frankreich und Großbritannien, haben bereits Angebote von Sozialtarifen für Strom und Gas sowie weitere finanzielle Unterstützungen für sozial benachteiligte Verbraucher im Hinblick auf ihre Energiekosten. Es fehlt auch die volkswirtschaftliche Bedeutung von Energie und damit verbunden die "leistbaren" Energiepreise, obwohl nach Ansicht der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich akuter Handlungsbedarf besteht.

Gleichbehandlungsbeauftragte im Land Niederösterreich:

Im Gesetzesentwurf werden personenbezogene Bezeichnungen ausschließlich in männlicher Form verwendet (Entnehmer, Kunden, Verbraucher, ...). In § 75 Abs. 3 wird lediglich bestimmt, dass personenbezogene Begriffe keine geschlechtsspezifische Bedeutung haben und bei Anwendung auf bestimmte Personen in der jeweils geschlechtsspezifischen Form zu verwenden sind. Generalklauseln gelten jedoch nicht als geschlechtergerechte Formulierung. Die NÖ Landesregierung hat sich mit Beschluss vom 9. März 2004 dazu bekannt, Gender Mainstreaming als Leitziel der NÖ Landespolitik in allen Bereichen der Landesverwaltung umzusetzen. Die sprachliche Gleichstellung ist ein wichtiger Baustein in der Gender Mainstreaming-Strategie und trägt bei zur weiteren Umsetzung auch faktischer Gleichstellung von Frauen und Männern. Es wird auf den Leitfaden Geschlechtergerechtes Formulieren, einer Empfehlung des Arbeitskreises Gender Mainstreaming in der NÖ Landesverwaltung, hingewiesen und die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache angeregt.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

Verordnungen der EG (EU) sollten generell originalgetreu zitiert werden, insbesondere auch was die Syntax der Dokumentnummer betrifft – demnach wäre z.B. statt „2009/714/EG“ (z.B. in § 2 Abs. 3 Z 6) richtig „(EG) Nr. 714/2009“ zu schreiben.

E-Control und BMWFJ:**zu § 3 Abs. 1 Z. 1 und 2 sowie § 46 Abs. 1 und 2 (bestehend):**

Hingewiesen wird, dass in allen vier angeführten Bestimmungen der Begriff des "Netzzugangsberechtigten" verwendet wird, während die zugrundeliegenden grundsatzgesetzlichen Bestimmungen den Begriff "Kunde" (§ 5 Abs. 1 Z. 1 EIWOG 2010) bzw. "Netzbenutzer" (§ 5 Abs. 1 Z. 2 und § 85 Abs. 1 und 2 EIWOG 2010) verwenden. Durch die Verwendung des durch das EIWOG 2010 neu definierten und engeren Begriffs des "Netzzugangsberechtigten" wird der Schutzbereich der zitierten Bestimmungen reduziert.

Der Landtag von Niederösterreich hat am in Ausführung des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes 2010 – EIWOG 2010, BGBl. I Nr. 110/2010, beschlossen:

**Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2005
(NÖ EIWG-Novelle 2011)**

Artikel I

Das NÖ Elektrizitätswesengesetz 2005, LGBl. 7800, wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird nach dem Zitat „§ 42“ das Wort „Anschlusspflicht“ durch das Wort „Netzentwicklungsplan“, nach dem Zitat „§ 45“ die Wortfolge „Pflichten der Stromhändler und sonstigen Lieferanten, Untersagung“ durch die Wortfolge „Pflichten der Stromhändler und sonstigen Lieferanten, Versorger letzter Instanz“, nach der Zahl „VI“ die Wortfolge „(Ausübungsvoraussetzungen für Netze“ durch die Wortfolge „(Ausübungsvoraussetzungen für Regelzonenführer und Verteilernetze)“, vor dem Zitat „§ 52“ die Wortfolge „(Übertragungsnetze, Regelzonenführer)“ durch das Wort „(Regelzonenführer)“, nach dem Zitat „§ 73“ die Wortfolge „Berichtspflichten, Umgesetzte EG-Richtlinien“ durch die Wortfolge „Berichts- und Überwachungspflichten“ und nach dem Zitat „§ 75“ die Wortfolge „Schlussbestimmungen, Geschlechtsspezifische Bezeichnung“ durch die Wortfolge „Schlussbestimmungen, Geschlechtsspezifische Bezeichnung, Umgesetzte EU-Richtlinien“ ersetzt.

Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst:

In der Änderungsanordnung wäre nach der Wortfolge „(Ausübungsvoraussetzungen für Netze“ eine Klammer zu setzen.

2. § 1 Abs. 3 Z. 3 und 5 lautet:

- „3. durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen die Netz- und Versorgungssicherheit zu erhöhen und nachhaltig zu gewährleisten,
- 5. die Weiterentwicklung der Erzeugung von elektrischer Energie aus erneuerbaren Energiequellen zu unterstützen und den Zugang zum Elektrizitätsnetz aus erneuerbaren Energiequellen zu gewährleisten,“

3. Im § 1 Abs. 3 Z. 7 wird das Wort „und“ durch einen Beistrich ersetzt. In Z. 8 wird der Punkt durch das Wort „und“ ersetzt. Nach der Z. 8 wird folgende Z. 9 angefügt:

- „9. das öffentliche Interesse an der Versorgung mit elektrischer Energie, insbesondere aus heimischen, erneuerbaren Ressourcen, bei der Bewertung von Infrastrukturprojekten zu berücksichtigen.“

4. Im § 1 Abs. 3 Z. 8 wird die Wortfolge „Anhang II EIWOG“ durch die Wortfolge „Anlage II EIWOG 2010“ ersetzt.

5. § 2 lautet:

„§ 2

Begriffsbestimmungen, Verweisungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes bezeichnet der Ausdruck

- 1. „Agentur“: die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden gemäß Verordnung 2009/713/EG;
- 2. „Anschlussleistung“: jene für die Netznutzung an der Übergabestelle vertraglich vereinbarte Leistung;
- 3. „Ausgleichsenergie“: die Differenz zwischen dem vereinbarten Fahrplanwert und dem tatsächlichen Bezug oder der tatsächlichen Lieferung der Bilanzgruppe je definierter Messperiode, wobei die elektrische Energie je Messperiode tatsächlich erfasst oder rechnerisch ermittelt werden kann;
- 4. „Betriebsstätte“: jenes räumlich zusammenhängende Gebiet, auf dem regelmäßig eine auf Gewinn oder sonstigen wirtschaftlichen Vorteil gerichtete Tätigkeit selbstständig ausgeübt wird;
- 5. „Bilanzgruppe“: die Zusammenfassung von Lieferanten und Kunden zu einer virtuellen Gruppe, innerhalb derer ein Ausgleich zwischen Aufbringung (Be-

zugsfahrpläne, Einspeisungen) und Abgabe (Lieferfahrpläne, Ausspeisungen) erfolgt;

6. “Bilanzgruppenkoordinator“: eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die eine Verrechnungsstelle betreibt;
7. “Bilanzgruppenverantwortlicher“: eine gegenüber anderen Marktteilnehmern und dem Bilanzgruppenkoordinator zuständige Stelle einer Bilanzgruppe, welche die Bilanzgruppe vertritt;
8. “dezentrale Erzeugungsanlage“: eine Erzeugungsanlage, die an ein öffentliches Mittel- oder Niederspannungsverteilernetz (Bezugspunkt Übergabestelle) angeschlossen ist und somit Verbrauchernähe aufweist oder eine Erzeugungsanlage, die überwiegend der Eigenversorgung dient;
9. “Direktleitung“: entweder eine Leitung, die einen einzelnen Produktionsstandort mit einem einzelnen Kunden verbindet oder eine Leitung, die einen Erzeuger und ein Elektrizitätsversorgungsunternehmen zum Zwecke der direkten Versorgung mit ihrer eigenen Betriebsstätte und/oder mit ihrem eigenen Tochterunternehmen verbindet; Leitungen innerhalb von Wohnhausanlagen gelten nicht als Direktleitungen;
10. „Drittstaaten“: Staaten, die nicht dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum beigetreten oder nicht Mitglied der Europäischen Union sind;
11. “Einspeiser“: einen Erzeuger oder ein Elektrizitätsunternehmen, der oder das elektrische Energie in ein Netz abgibt;
12. “Elektrizitätsunternehmen“: eine natürliche oder juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft, die in Gewinnabsicht von den Funktionen der Erzeugung, der Übertragung, der Verteilung, der Lieferung oder des Kaufs von elektrischer Energie mindestens eine wahrnimmt und die kommerzielle, technische oder wartungsbezogene Aufgaben im Zusammenhang mit diesen Funktionen wahrnimmt, mit Ausnahme der Endverbraucher;
13. “Endverbraucher“: eine natürliche oder juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft, die elektrische Energie für den Eigenverbrauch kauft;
14. “Energieeffizienz/Nachfragesteuerung“: ein globales oder integriertes Konzept zur Steuerung der Höhe und des Zeitpunkts des Verbrauchs an elektrischer Energie, das den Primärenergieverbrauch senken und Spitzenlasten verringern soll, indem Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz oder anderen Maßnahmen wie unterbrechbaren Lieferverträgen Vorrang vor Investitionen zur Steigerung der Erzeugungskapazität eingeräumt wird, wenn sie unter Berücksichtigung der positiven Auswirkungen eines geringeren Energieverbrauchs auf die Umwelt und der damit verbundenen Aspekte einer

- größeren Versorgungssicherheit und geringerer Verteilungskosten die wirksamste und wirtschaftlichste Option darstellen;
15. „Engpassleistung“: die durch den leistungsschwächsten Teil begrenzte, höchstmögliche elektrische Dauerleistung der gesamten Erzeugungsanlage mit allen Maschinensätzen;
 16. „Entnehmer“: einen Endverbraucher oder einen Netzbetreiber, der elektrische Energie aus dem Netz entnimmt;
 17. „ENTSO (Strom)“: der Europäische Verbund der Übertragungsnetzbetreiber für Strom gemäß Art.5 der Verordnung 2009/714/EG;
 18. „erneuerbare Energiequelle“: eine erneuerbare, nichtfossile Energiequelle (Wind, Sonne, Erdwärme, Wellen- und Gezeitenenergie, Wasserkraft, Biomasse, Deponiegas, Klärgas und Biogas);
 19. „Erzeuger“: eine natürliche oder juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft, die elektrische Energie erzeugt;
 20. „Erzeugung“: die Produktion von elektrischer Energie;
 21. „Erzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK-Erzeugung)“: die Summe von elektrischer Energie, mechanischer Energie und Nutzwärme aus KWK;
 22. „Erzeugungsanlage“: ein Kraftwerk oder Kraftwerkspark;
 23. „Erzeugungsanlage im Sinne der IPPC-Richtlinie“: eine Anlage gemäß Z. 35 mit einer Brennstoffwärmeleistung von mehr als 50 MW;
 24. „Fahrplan“: jene Unterlage, die angibt, in welchem Umfang elektrische Leistung als prognostizierter Leistungsmittelwert in einem konstanten Zeitraster (Messperioden) an bestimmten Netzpunkten eingespeist oder entnommen wird oder zwischen Bilanzgruppen ausgetauscht wird;
 25. „Gesamtwirkungsgrad“: die Summe der jährlichen Erzeugung von elektrischer Energie, mechanischer Energie und Nutzwärme im Verhältnis zum Brennstoff, der für die in KWK erzeugte Wärme und die Bruttoerzeugung von elektrischer und mechanischer Energie eingesetzt wurde;
 26. „Herkunftsnachweis für KWK-Anlagen“: eine Bescheinigung, die belegt, dass die in das öffentliche Netz eingespeiste bzw. an Dritte gelieferte elektrische Energie aus einer hocheffizienten KWK-Anlage erzeugt worden ist;
 27. „Haushaltskunde“: Endverbraucher, der elektrische Energie für den Eigenverbrauch im Haushalt kauft; dies schließt gewerbliche und berufliche Tätigkeiten nicht mit ein;
 28. „Hilfsdienste“: alle Dienstleistungen, die zum Betrieb eines Übertragungs- oder Verteilernetzes erforderlich sind;
 29. „hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung“: jene KWK, die den in Anlage IV EIWOG 2010 festgelegten Kriterien entspricht;

30. „in KWK erzeugter Strom“: elektrische Energie, die in einem Prozess erzeugt wurde, der an die Erzeugung von Nutzwärme gekoppelt ist und die gemäß der in Anlage III EIWOG 2010 festgelegten Methode berechnet wird;
31. „Kleinunternehmen“: Unternehmen im Sinne des § 1 Abs. 1 Z. 1 KSchG, die weniger als 50 Personen beschäftigen, weniger als 100 000 kWh/Jahr an elektrischer Energie verbrauchen und einen Jahresumsatz oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 10 Millionen Euro haben;
32. „Kontrolle“: Rechte, Verträge oder andere Mittel, die einzeln oder zusammen unter Berücksichtigung aller tatsächlichen oder rechtlichen Umstände die Möglichkeit gewähren, einen bestimmenden Einfluss auf die Tätigkeit eines Unternehmens auszuüben, insbesondere durch
 - a) Eigentums- oder Nutzungsrechte an der Gesamtheit oder an Teilen des Vermögens des Unternehmens,
 - b) Rechte oder Verträge, die einen bestimmenden Einfluss auf die Zusammensetzung, die Beratungen oder Beschlüsse der Organe des Unternehmens gewähren;
33. „Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)“: die gleichzeitige Erzeugung thermischer Energie und elektrischer Energie und/oder mechanischer Energie in einem Prozess;
34. „Kraft-Wärme-Verhältnis“: (Stromkennzahl) das anhand der Betriebsdaten des spezifischen Blocks berechnete Verhältnis von KWK-Strom zu Nutzwärme im vollständigen KWK-Betrieb;
35. „Kraftwerk“: eine Erzeugungsanlage von elektrischer Energie mit einer Leistung von mehr als 100 Watt bei einer Spannung von mehr als 42 Volt (Starkstrom) mit allen der Erzeugung, Übertragung und Verteilung dienenden Hilfsbetriebe und Nebeneinrichtungen (z. B. Anlagen zur Umformung von elektrischer Energie, Schaltanlagen, soweit sie nicht unter das NÖ Starkstromwegesgesetz, LGBl. 7810, fallen. Sie kann aus mehreren Erzeugungseinheiten bestehen.
36. „Kraftwerkspark“: eine Gruppe von Erzeugungsanlagen, die über einen gemeinsamen Netzanschluss verfügt;
37. „Kunde“: Endverbraucher, Stromhändler oder Elektrizitätsunternehmen, die elektrische Energie kaufen;
38. „KWK-Block“: einen Block, der im KWK-Betrieb betrieben werden kann;
39. „KWK-Kleinanlage“: eine KWK-Anlage mit einer Engpassleistung von höchstens 50 kW;
40. „KWK-Kleinanlagen“: KWK-Blöcke mit einer installierten Engpassleistung unter 1 MW;

41. “Lastprofil“: eine in Zeitintervallen dargestellte Bezugsmenge oder Liefermenge eines Einspeisers oder Entnehmers;
42. “Lieferant“: eine natürliche oder juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft, die elektrische Energie anderen zur Verfügung stellt;
43. “Marktregeln“: die Summe aller Vorschriften, Regelungen und Bestimmungen auf gesetzlicher oder vertraglicher Basis, die Marktteilnehmer im Elektrizitätsmarkt einzuhalten haben, um ein geordnetes Funktionieren dieses Marktes zu ermöglichen und zu gewährleisten;
44. „Marktteilnehmer“: Bilanzgruppenverantwortliche, Versorger, Erzeuger, Lieferanten, Netzbenutzer, Kunden, Bilanzgruppenkoordinator, Strombörsen, Netzbetreiber und Regelzonenführer;
45. “Netzanschluss“: die physische Verbindung der Anlage eines Netzzugangsberechtigten mit dem Netz; diese kann auch durch Mitbenutzungsrechte an gemeinschaftlichen elektrischen Anlagen im Ausmaß des jeweiligen Eigenverbrauches des Netzzugangsberechtigten gegeben sein;
46. “Netzanschlusspunkt“: die technisch geeignete und für den Netzzugangsberechtigten wirtschaftlich günstigste Stelle des zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses für die Herstellung des Anschlusses bestehenden Netzes, an der elektrische Energie eingespeist oder entnommen wird;
47. “Netzbenutzer“: jede natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die elektrische Energie in ein Netz einspeist oder aus dem Netz entnimmt;
48. “Netzbereich“: jener Teil eines Netzes, für dessen Benutzung dieselben Preisansätze gelten;
49. “Netzbetreiber“: ein Elektrizitätsunternehmen, das ein Übertragungs- oder Verteilernetz mit einer Nennfrequenz von 50 Hz betreibt;
50. “Netzebene“: einen im Wesentlichen durch das Spannungsniveau bestimmten Teilbereich des Netzes;
51. “Netzzugang“: die Nutzung eines Netzes;
52. “Netzzugangsberechtigter“: eine natürliche oder juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft, die Netzzugang begehrt, insbesondere auch Elektrizitätsunternehmen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist;
53. “Netzzugangsvertrag“: die individuelle Vereinbarung zwischen einem Netzzugangsberechtigten und einem Netzbetreiber, die die Inanspruchnahme des Netzes und – falls erforderlich – den Netzanschluss regelt;
54. “Netzzutritt“: die erstmalige Herstellung eines Netzanschlusses oder die Erhöhung der Anschlussleistung eines bestehenden Netzanschlusses;

55. „Nutzwärme“: die in einem KWK-Prozess zur Befriedigung eines wirtschaftlich vertretbaren Wärme- oder Kühlbedarfs erzeugte Wärme;
56. „Primärregelung“: eine automatisch wirksam werdende Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen Erzeugung und Verbrauch mit Hilfe der Turbinendrehzahlregler gemäß eingestellter Statikkennlinie von Maschinen im Zeitbereich bis höchstens 30 Sekunden nach Störungseintritt;
57. „Regelzone“: die kleinste Einheit des Verbundnetzes, die mit einer Leistungs-Frequenz-Regelung ausgerüstet und betrieben wird;
58. „Regelzonenführer“: eine natürliche oder juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, die für die Leistungs-Frequenz-Regelung in einer Regelzone verantwortlich ist;
59. „Sekundärregelung“: automatisch wirksam werdende Wiederherstellung der Sollfrequenz nach Störung des Gleichgewichtes zwischen erzeugter und verbrauchter Wirkleistung mit Hilfe von zentralen oder dezentralen Regeleinrichtungen. Die Wiederherstellung der Sollfrequenz kann im Bereich von mehreren Minuten liegen;
60. „Sicherheit“: sowohl die Sicherheit der Elektrizitätsversorgung und -bereitstellung als auch die Betriebssicherheit;
61. „standardisiertes Lastprofil“: ein durch ein geeignetes Verfahren ermitteltes und für eine bestimmte Einspeiser- oder Entnehmergruppe charakteristisches Lastprofil;
62. „Stromhändler“: eine natürliche oder juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft, die elektrische Energie in Gewinnabsicht verkauft;
63. „Systembetreiber“: einen Netzbetreiber, der über die technisch-organisatorischen Einrichtungen verfügt, um alle zur Aufrechterhaltung des Netzbetriebes notwendigen Maßnahmen setzen zu können;
64. „Tertiärregelung“: das längerfristig wirksam werdende, manuell oder automatisch ausgelöste Abrufen von elektrischer Leistung, die zur Unterstützung bzw. Ergänzung der Sekundärregelung bzw. zur längerfristigen Ablösung von bereits aktivierter Sekundärregelleistung dient (Minutenreserve);
65. „Übertragung“: den Transport von elektrischer Energie über ein Höchstspannungs- und Hochspannungsverbundnetz zum Zwecke der Belieferung von Endverbrauchern oder Verteilern, jedoch mit Ausnahme der Versorgung;
66. „Übertragungsnetz“: ein Höchstspannungs- und Hochspannungsverbundnetz mit einer Spannungshöhe von 110 kV und darüber, das dem überregionalen Transport von elektrischer Energie dient;
67. „Übertragungsnetzbetreiber“: eine natürliche oder juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft, die verantwortlich ist für den Betrieb, die

Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Übertragungsnetzes und gegebenenfalls der Verbindungsleitungen zu anderen Netzen sowie für die Sicherstellung der langfristigen Fähigkeit des Netzes, eine angemessene Nachfrage nach Übertragung von elektrischer Energie zu befriedigen; Übertragungsnetzbetreiber in NÖ ist die Austrian Power Grid AG oder deren Rechtsnachfolger;

68. „Verbindungsleitung“: eine Anlage, die zur Verbundschaltung von Elektrizitätsnetzen dient;
69. „verbundenes Unternehmen“:
- a) ein verbundenes Unternehmen im Sinne des § 228 Abs. 3 Unternehmensgesetz (UGB),
 - b) ein assoziiertes Unternehmen im Sinne des § 263 Abs. 1 UGB oder
 - c) zwei oder mehrere Unternehmen, deren Aktionäre ident sind;
70. „Verbundnetz“: eine Anzahl von Übertragungs- und Verteilernetzen, die durch eine oder mehrere Verbindungsleitungen miteinander verbunden sind;
71. „Versorger“: eine natürliche oder juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft, die die Versorgung wahrnimmt;
72. „Versorgung“: den Verkauf einschließlich des Weiterverkaufs von elektrischer Energie an Kunden;
73. „Verteilernetzbetreiber“: eine natürliche oder juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft, die verantwortlich ist für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Verteilernetzes in einem bestimmten Gebiet und gegebenenfalls der Verbindungsleitungen zu anderen Netzen sowie für die Sicherstellung der langfristigen Fähigkeit des Netzes, eine angemessene Nachfrage nach Verteilung von elektrischer Energie zu befriedigen;
74. „Verteilung“: den Transport von elektrischer Energie über Hoch-, Mittel- oder Niederspannungsverteilernetze zum Zwecke der Belieferung von Kunden mit elektrischer Energie, jedoch mit Ausnahme der Versorgung;
75. „vertikal integriertes Elektrizitätsunternehmen“: ein Unternehmen oder eine Gruppe von Unternehmen, in der dieselbe Person berechtigt ist, direkt oder indirekt Kontrolle auszuüben, wobei das betreffende Unternehmen bzw. die betreffende Gruppe mindestens eine der Funktionen Erzeugung von oder Versorgung mit elektrischer Energie wahrnimmt;
76. „Wirkungsgrad“: den auf der Grundlage des unteren Heizwerts der Brennstoffe berechneten Wirkungsgrad;
77. „Wirkungsgrad-Referenzwerte für die getrennte Erzeugung“: die Wirkungsgrade einer alternativen Erzeugung von Wärme und elektrischer Energie, die durch KWK ersetzt werden soll.

- (2) Verweisungen auf Bundesgesetze sind in folgender Fassung zu verstehen:
1. Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz – AVG, BGBl. Nr. 51/1991 in der Fassung BGBl. I Nr. 111/2010;
 2. Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetz: BGBl. Nr. 71/1954 in der Fassung BGBl. I Nr. 112/2003,
 3. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz – EIWOG 2010: BGBl. I Nr. 110/2010,
 4. Finanzstrafgesetz: BGBl. Nr. 129/1958 in der Fassung BGBl. I Nr. 104/2010,
 5. Gewerbeordnung 1994: BGBl. Nr. 194/1994 in der Fassung BGBl. I Nr. 111/2010,
 6. Konsumentenschutzgesetz – KSchG: BGBl. Nr. 140/1979 in der Fassung BGBl. I Nr. 107/2010,
 7. Ökostromgesetz: BGBl. I Nr. 149/2002 in der Fassung BGBl. I Nr. 104/2009,
 8. Verrechnungsstellgesetz: BGBl. I Nr. 121/2000 in der Fassung BGBl. I Nr. 25/2004,
 9. Wohnungseigentumsgesetz 2002 (WEG 2002): BGBl. I Nr. 70/2002 in der Fassung BGBl. I Nr. 111/2010,
 10. Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 (UVP-G 2000): BGBl. I Nr. 697/1993 in der Fassung BGBl. I Nr. 87/2009.
- (3) Verweisungen auf unionsrechtliche Bestimmungen sind in folgender Fassung zu verstehen:
1. Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie: Richtlinie 2009/72/EG über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/54/EG, ABl. Nr. L 211 vom 14. August 2009, S. 55ff,
 2. Informationsrichtlinie: Richtlinie 98/34/EG über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. Nr. L 24 vom 21. Juli 1998, S. 37ff, in der Fassung der Richtlinie 2006/96/EG, ABl. Nr. L 363 vom 20. Dezember 2006, S. 81ff,
 3. IPPC-Richtlinie: Richtlinie 96/61/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung, ABl. Nr. L 257 vom 10. Oktober 1996, S. 26ff, in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 166/2006, ABl. Nr. L 33 vom 4. Februar 2006, S. 1ff,
 4. Seveso II-Richtlinie: Richtlinie 96/82/EG zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Gütern, ABl. Nr. L 10 vom 14. Jänner 1997, S. 13ff, in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 1137/2008, ABl. Nr. L 311 vom 21. November 2008, S. 1ff,

5. KWK-Richtlinie: Richtlinie 2004/8/EG über die Förderung einer am Nutz-wärmebedarf orientierten Kraft-Wärme-Kopplung im Energiebinnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 92/42/EWG, ABl. Nr. L 52 vom 21. Februar 2004, S. 50ff, in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 219/2009, ABl. Nr. L 87 vom 31. März 2009, S. 109ff,
6. Verordnung 2009/714/EG: Verordnung über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel und zur Aufhebung der Verordnung 2003/1228/EG, ABl. Nr. 211 vom 14. August 2009, S. 15ff,
7. Verordnung 2009/713/EG: Verordnung zur Gründung einer Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden, ABl. Nr. L 211 vom 14. August 2009, S. 1ff,
8. Verordnung 2009/1221/EG: Verordnung über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001, sowie der Beschlüsse der Kommission 2001/681/EG und 2006/193/EG, ABl. Nr. L 342 vom 22. Dezember 2009, S. 1ff,
9. Entscheidung 2008/952/EG: Entscheidung der Kommission vom 19. November 2008 zur Festlegung detaillierter Leitlinien für die Umsetzung und Anwendung des Anhangs II der Richtlinie 2004/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, All. Nr. L 338 vom 17. Dezember 2008, S. 55ff,
10. Entscheidung 2007/74/EG: Entscheidung der Kommission vom 21. Dezember 2006 zur Festlegung harmonisierter Wirkungsgrad-Referenzwerte für die getrennte Erzeugung von Strom und Wärme in Anwendung der Richtlinie 2004/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, All. Nr. L 32 vom 6. Februar 2007, S. 183ff.“

Austrian Power Grid:

Hinsichtlich § 2 Abs. 1 Z. 22 und 35 regt APG zur Vermeidung von Rechtsunsicherheiten an, die Begriffe „Erzeugungsanlage“ und „Kraftwerk“ aus dem EIWOG 2010 in das NÖ EIWG zu übernehmen, da durch die derzeitig vorgesehenen Definitionen ein Zirkelschluss vorliegt. Generell regen wir ein Nachführen der Ergänzung „Kraftwerkspark“ im Gesetzestext an.

Laut § 2 Abs. 1 Z. 45 können am Netzanschluss vertraglich Mitbenutzungsrechte eingeräumt werden. Dies könnte zu einer Umgehungsmöglichkeit der Zusammenfassung von Kraftwerken zu Kraftwerksparks führen, zumal die Definition des Kraftwerksparks auf „einen gemeinsamen Netzanschluss“ abstellt. Überdies ist unklar, was mit dem „Eigenverbrauch“ gemeint ist.

Die Definition zum Netzanschlusspunkt (§ 2 Abs. 1 Z.46) stellt nur einseitig auf die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der Netzzugangsberechtigten ab. Zudem sollte diese Definition auf den Anschluss an das Verteilernetz eingeschränkt werden.

Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst:

In § 2 Abs. 1 Z. 17 wäre zwischen der Abkürzung „Art.“ und der Ziffer „5“ ein Leerzeichen zu setzen. Die Aufzählung des § 2 Abs. 2 könnte alphabetisch gereiht werden. Im Hinblick auf § 2 Abs. 1 Z. 69 sollte auch das Unternehmensgesetzbuch in Abs. 2 aufgenommen werden. In § 2 Abs. 3 könnte die Reihenfolge der Z. 6 und 7 bzw. 9 und 10 ausgetauscht werden. Weiters wären in den Z. 9 und 10 die Abkürzung „ABI“ richtig zu stellen.

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich:

"Kleinunternehmen": Unternehmen im Sinne des § 1 Abs. 1 Z. 1 KSchG, die weniger als 50 Personen beschäftigen, weniger als 100 000 kWh/Jahr an elektrischer Energie verbrauchen und einen Jahresumsatz oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 10 Millionen Euro haben; Die Erfassung des "schutzbedürftigen Kunden", wie hier definiert, ist nach Ansicht der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich viel zu weit gefasst. Es kann auch nicht Intention der Kommission der Europäischen Union im Art. 3 Abs. 7 der Richtlinie 2009/72/EG sein, allen Mitgliedsländern, egal ob mit einer Bevölkerung von 8 Mio. Menschen oder 80 Mio. Menschen, eine einheitliche Definition des "schutzbedürftigen" Kunden" zu geben. Daher sollte hier Österreich auf Grund der Beschäftigten und Betriebsstruktur eine viel engere Definition wählen. Diese Definition von "Kleinunternehmen" (EU Definition) ist für ein klein strukturiertes Land mit vielen Klein- und Mittelbetrieben wie Österreich viel zu weit gefasst. Dies würde mehr als 80 % aller österreichischen Betriebe einschließen. Das kann zu einer extremen Belastung der KonsumentInnen führen, da die Netzbetreiber die entstehenden Mehrkosten auf alle Netzteilnehmer "sozialisieren". Es sollte daher eine viel engere Definition, wie "mit max. 9 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von unter 1 Mio.€" herangezogen werden. Selbst die Wirtschaftskammer Österreich geht bei ihrer Definition von Kleinstbetrieben von einer Mitarbeiterzahl von bis zu 9 Beschäftigten aus. Damit würden immerhin 144.358 Unternehmen ohne Beschäftigte und weitere 119.222 Betriebe mit 1 bis 9 Beschäftigte erfasst werden, wie in der Unternehmensstatistik der Wirtschaftskammer Österreich nach Betriebsklassen und über alle Sparten ausgewiesen. Der/die Konsument/-in, der/die in seinem/ihrer Einkommen gegenüber Dritten sehr stark abhängig ist, sollte doch schutzbedürftiger sein, als ein/e Kleinunternehmer/-in, der/die bei der Ausübung seiner/ihrer unternehmerischen Tätigkeit sich seiner/ihrer unternehmerischen Risiken

bewusst sein sollte!! Daher sollte hier eine stärkere Schutzbedürftigkeit bei der Konsumentin/dem Konsumenten vorliegen als beim Unternehmer.

E-Control (zu Z. 75):

In der zitierten Bestimmung wird die vom Grundsatzgesetzgeber in § 7 Abs. 1 Z 78 EIWOG 2010 vorgenommen Definition eines vertikal integrierten Elektrizitätsunternehmens nicht vollständig wiedergegeben. Durch die Auslassungen werden die Entflechtungsbestimmungen sowie alle nachfolgenden Regelungen vertikal integrierte Elektrizitätsunternehmen betreffend ihren Inhalt entleert.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

1) Zu Z 5 (§ 2):

a) Zu § 2 Abs. 1:

Zu den Begriffsbestimmungen wird – teilweise auch im Sinne einer Vermeidung dem Grundsatzgesetz anhaftender Redaktionsversehen – Folgendes bemerkt:

In Z 9 wäre nach dem Nebensatz „die ... verbindet“ ein Beistrich zu setzen.

In Z 11 wäre statt „oder nicht“ sinnentsprechend „und nicht“ zu schreiben, da

ansonsten auch EWR-Staaten als Drittstaaten gelten. In Z 17 wäre – mit Rücksicht auf das vorangehende, den Akkusativ regierende Verb „bezeichnet“ – „den

Europäischen Verbund“ zu schreiben. In Z 27 wäre – damit diese zusammen mit der Einleitung des Absatzes eine sprachrichtige Aussage bildet – „einen Endver-

braucher“ zu schreiben. In Z 35 wäre die Dativform „Hilfsbetrieben“ zu verwenden und sollten Satzpunkte aus Gründen der Einheitlichkeit und Konsistenz vermieden

werden. In Z 48 wäre – wieder mit Rücksicht auf das vorangehende, den Akkusativ regierende Verb „bezeichnet“ – „jenen Teil“ zu schreiben. In Z 52 erscheint es wegen

der unterschiedlichen Bedeutung der Begriffe „Berechtigung“ und „Begehren“ nicht angebracht, (alle) Begehrende mit Berechtigten gleichzusetzen. In Z 59 wäre –

wieder damit diese zusammen mit der Einleitung des Absatzes eine sprachrichtige Aussage bildet – „die [oder: eine] ... Wiederherstellung“ zu schreiben. Das in Z 69 lit.

a bezogene Gesetz heißt „Unternehmensgesetzbuch“. Z 75: In der zitierten

Bestimmung wird die vom Grundsatzgesetzgeber in § 7 Abs. 1 Z 78 EIWOG 2010 vorgenommen Definition eines vertikal integrierten Elektrizitätsunternehmens nicht

vollständig wiedergegeben. Durch die Auslassungen werden die Entflechtungsbestimmungen sowie alle nachfolgenden Regelungen vertikal integrierte Elektrizitäts-

unternehmen betreffend ihren Inhalt entleert. Den Ländern kommt bei der Übernahme der Definitionen kein Gestaltungsrecht zu, daher ist die Formulierung der

Definition des EIWOG 2010 zur Gänze zu übernehmen.

b) Zu § 2 Abs. 2:

Das in Z. 2 genannte Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetz wurde zuletzt durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 111/2010 geändert. Das in Z. 3 bezogene Gesetz hat den Kurztitel „Elektrizitätswirtschafts- und –organisationsgesetz 2010“. In Z 8 wird auf das Schreibversehen „Verrechnungsstell[en]gesetz“ hingewiesen. Zudem wird zur Erwägung gestellt, einerseits das in § 2 Abs. 1 Z. 69 zweifach genannte UGB auch in die Liste der verwiesenen Gesetze aufzunehmen, andererseits alle zehn (bzw. mit dem UGB elf) Ziffern alphabetisch zu reihen (vgl. die aktuelle Z. 10).

c) Zu § 2 Abs. 3:

Wie bereits eingangs angemerkt, sollten Verordnungen der EG (EU) generell originalgetreu zitiert werden. Demnach wäre in Z. 6 bis 8 insbesondere die Dokumentnummernsyntax „(EG) Nr. .../200x“ zu wählen; dies umso mehr, wenn der (korrekte) Titel einer Verordnung zitiert werden soll, also in § 2 Abs. 3 Z. 6: „und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1228/2003“

6. Im § 5 Abs. 1 wird die Zahl „20“ ersetzt durch die Zahl „50“.

7. Im § 6 Abs. 2 Z. 14 wird der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende Z. 15 und 16 angefügt:

- „15. Angaben über den Beitrag der Erzeugungskapazitäten zur Erreichung des Zieles der Europäischen Union, die Deckung des Bruttoenergieverbrauches durch Energie aus erneuerbaren Energiequellen zu erhöhen,
- 16. Angaben über den Beitrag von Erzeugungskapazitäten zur Verringerung der Emissionen.“

8. Im § 7 Abs. 1 Z. 1 wird der Beistrich durch das Wort „oder“ ersetzt. In Z. 2 wird die Zahl „250“ ersetzt durch die Zahl „500“ und anstelle des Wortes „und“ ein Beistrich gesetzt. Z. 3 entfällt.

Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst:

In der Änderungsanordnung wäre der Ersatz des Wortes „oder“ durch einen Beistrich anzuordnen. In den Erläuterungen sollte eine Begründung für den Entfall der Z. 3 aufgenommen werden.

9. Im § 10 Abs. 1 Z. 4 wird die Zahl „11“ durch die Zahl „5“ ersetzt.

10. Im § 11 Abs. 1 Z. 2 entfällt die Wortfolge „der Nachbarn“.

Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst:

Es wäre der Entfall der Wortfolge „der Nachbarn“ nach dem Wort „Gesundheit“ anzuordnen.

11. Im § 11 Abs. 2 wird dem bisherigen Text folgender Satz vorangestellt:

„Unter Gefährdungen im Sinne des Abs. 1 Z. 2 sind nur jene zu verstehen, die über solche hinausgehen, die von Bauwerken üblicherweise ausgehen.“

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

Der in § 11 Abs. 2 neu eingefügte Satz suggeriert, dass gewisse Gefährdungen von Leben oder Gesundheit der Nachbarn, die üblicherweise von Bauwerken ausgehen, hinzunehmen seien. Im Hinblick darauf, dass es sich bei Leben und körperlicher Unversehrtheit um absolut geschützte Rechtsgüter handelt, kann eine derartige, an keine besonderen Abwägungen geknüpfte und nicht bloß besonders berücksichtigungswürdige Konstellationen betreffende Einschränkung nicht gutgeheißen werden. Wenn es um Schutz von Leben und Gesundheit geht, erscheint eine Relativierung in der vorgesehenen Art und Weise nicht wünschenswert.

12. Im § 11 Abs. 5 wird jeweils nach dem Wort „Bauordnung“ die Zahl „1996“ eingefügt.

13. Im § 15 Abs. 3 erster Satz wird nach dem Wort „Bescheid“ folgende Wortfolge eingefügt: „unter Vorschreibung allfälliger Aufträge oder Auflagen zur Erfüllung der im § 11 Abs. 1 festgelegten Anforderungen“

14. Dem § 15 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Im Genehmigungsbescheid vorgeschriebene Aufträge oder Auflagen sind über Antrag mit Bescheid aufzuheben oder abzuändern, wenn und soweit die Voraussetzungen für die Vorschreibung nicht mehr vorliegen.“

15. Im § 17 Abs. 5 Z. 1 tritt anstelle des Zitates „761/2001, CELEX 32001R0761“ das Zitat „1221/2009“.

16. Im § 18 Abs. 1 und 3 wird nach dem Wort „Bauordnung“ die Zahl „1996“ eingefügt.

17. Im § 28 Abs. 6 letzter Satz wird nach dem Wort „Bescheid“ folgende Wortfolge eingefügt: „unter Berücksichtigung der harmonisierten Kriterien der Kommission gemäß Art. 9 Abs. 6 lit. b der Seveso II-Richtlinie“

18. Im § 29 Abs. 1 Einleitungssatz wird die Wortfolge „und Arbeit“ durch die Wortfolge „, Familie und Jugend“ ersetzt.
19. Im § 30 Abs. 2 wird die Wortfolge „der jeweils bestimmten Systemnutzungstarife“ durch die Wortfolge „den von der Regulierungsbehörde jeweils bestimmten Systemnutzungsentgelten“ ersetzt.
20. Im § 31 entfällt die Wortfolge „für regelzonenüberschreitende Lieferungen“. Die Wortfolge „(EG) Nr. 1228/2003 über den grenzüberschreitenden Stromhandel“ wird durch die Wortfolge „2009/714/EG“ und das Wort „Energieträgern“ durch das Wort „Energiequellen“ ersetzt.
21. § 32 Abs. 1 Z. 3 entfällt. Im § 32 Abs. 1 erhält die (bisherige) Ziffer 4 die Bezeichnung Z. 3.

E-Control:

Es fällt auf, dass in der gegenständlichen Bestimmung die Vorgaben der Grundsatzbestimmung des § 21 Abs. 1 EIWOG 2010 nicht zur Gänze übernommen wurde. Ziffer 3 wurde in der Novelle zum NÖ EIWG 2005 nicht berücksichtigt.

22. § 32 Abs. 4 entfällt. Im § 32 erhält der (bisherige) Absatz 5 die Bezeichnung Abs. 4. Im § 32 Abs. 4 (neu) tritt anstelle des Zitates „§ 20 Abs. 2 EIWOG“ das Zitat „§ 21 Abs. 2 EIWOG 2010“.
23. Im § 33 Abs. 3 Z. 3 wird das Wort „Anhang A“ durch das Wort „Anhang I“ ersetzt.
24. § 33 Abs. 3 Z. 16 lautet:
„16. Modalitäten, zu welchen der Netzbenutzer verpflichtet ist, Teilzahlungen zu leisten, wobei eine Zahlung zumindest zehn Mal jährlich anzubieten ist;“
25. Im § 33 Abs. 3 Z. 17 zweiter Satz wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgende Z. 18 angefügt:
„18. das Zustimmungserfordernis des Verteilernetzbetreibers, wenn ein Dritter an die Kundenanlage angeschlossen werden soll.“

Austrian Power Grid:

APG geht davon aus, dass der Adressat von § 33 nur der Verteilernetzbetreiber sein kann, die in § 33 Abs. 3 Z. 18 vorgesehene Zustimmung des Verteilernetzbetreibers

bei Anschluss Dritter an Kundenanlagen kann aus APG-Sicht nicht für den Übertragungsnetzbetreiber gemeint sein.

26. § 33 Abs. 4 letzter Satz entfällt.

27. § 33 Abs. 7 lautet:

„(7) Werden neue Allgemeine Netzbedingungen bzw. Änderungen von der Regulierungsbehörde genehmigt, hat der Netzbetreiber dies binnen vier Wochen nach der Genehmigung den Netzbenutzern in einem persönlich an sie gerichteten Schreiben oder über Wunsch des Netzbenutzers elektronisch bekannt zu geben und ihnen diese auf deren Wunsch zuzusenden (z.B. elektronisch). In diesem Schreiben oder auf der Rechnung sind die neuen Allgemeinen Bedingungen bzw. die Änderungen und die Kriterien, die bei der Änderung einzuhalten sind, nachvollziehbar wiederzugeben. Die neuen Allgemeine Netzbedingungen bzw. die Änderungen gelten ab dem nach Ablauf von drei Monaten folgenden Monatsersten als vereinbart.“

28. Dem § 33 wird folgender Abs. 9 angefügt:

„(9) Die Behörde ist ermächtigt, mit Verordnung die im Abs. 3 enthaltenen Anforderungen näher zu regeln, insbesondere betreffend die

1. Sicherheit und die Zuverlässigkeit des Netzbetriebes,
2. Zeiträume für die Herstellung von Anschlüssen an das Netz und die Vornahmen von Reparaturen bzw. die Ankündigung von Versorgungsunterbrechungen,
3. einzuhaltenden Kennzahlen betreffend die Spannungsqualität.“

Austrian Power Grid:

Schon in den Erläuterungen zu § 33 Abs. 9 (VO-Ermächtigung der Landesregierung zur Qualitätsregulierung) ist angeführt, dass es zu Konflikten mit § 19 EIWOG 2010 kommen könnte. Ein zusätzliches Risiko bilden aus APG-Sicht die von Bundesland zu Bundesland möglicherweise variierenden Qualitätsstandards. Aus diesem Grund kann als Adressat dieser Bestimmung allenfalls der Verteilernetzbetreiber gemeint sein.

E-Control:

§ 33 Abs. 9 sieht vor, dass die Landesregierung per Verordnung die Anforderungen des § 33 Abs. 3 näher regelt. Diese Bestimmung basiert auf der Grundsatzbestimmung des § 17 Abs. 3 EIWOG 2010, der den Inhalt von Allgemeinen Netzzugangsbedingungen normiert. § 33 Abs. 9 führt jedoch weiter aus, dass durch die

Verordnung des Landes die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Netzbetriebes, die Zeiträume für die Herstellung von Anschlüssen an das Netz und die Vornahmen von Reparaturen bzw. die Ankündigung von Versorgungsunterbrechungen sowie die einzuhaltenden Kennzahlen betreffend die Spannungsqualität näher zu regeln sind. Diese Verordnungskompetenz wird aber gemäß § 19 EIWOG 2010 der Regulierungsbehörde übertragen. Eine Verordnung, die § 33 Abs. 3 konkretisiert, könnte lediglich festlegen, wie Allgemeine Bedingungen auszugestalten sind, sie kann jedoch nicht die Qualitätsstandards für Netzdienstleistungen normieren.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

Im letzten Satz müsste es „Allgemeinen Netzbedingungen“ lauten.

29. Im § 34 Abs.1 tritt anstelle des Zitates „§ 25 Abs. 5 Z. 6 und 7 EIWOG“ das Zitat „§ 63 Z. 6 und 7 EIWOG 2010“.

30. Im § 34 Abs. 4 letzter Satz entfällt die Wortfolge „gemäß § 25 EIWOG“ und wird das Wort „Systemnutzungstarife“ ersetzt durch das Wort „Systemnutzungsentgelte“.

31. Im § 37 Abs. 1 letzter Satz entfällt das Wort „zu“.

32. § 37 Abs. 2 Z. 1 und 2 lautet:

- „1. die Menge an erzeugter elektrischer Energie aus hocheffizienter KWK gemäß Anlage III EIWOG 2010 und gemäß der Entscheidung 2008/952/EG der Europäischen Kommission;
2. die Bezeichnung, Art und Engpassleistung der Erzeugungsanlage;“

33. Im § 37 Abs. 2 Z. 7 wird die Wortfolge „Anhang IV EIWOG“ durch die Wortfolge „Anlage IV EIWOG 2010“ ersetzt.

34. Im § 37 Abs. 2 Z. 7 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgende Z. 8 bis 11 angefügt:

- „8. das Datum der Inbetriebnahme der Anlage;
9. genaue Angaben über erhaltene Förderungen und die Art der Förderregelung;
10. die Bezeichnung des Ausstellers und des ausstellenden Staates;
11. das Ausstellungsdatum des Herkunftsnachweises.“

35. Im § 37 Abs. 6 wird nach dem Wort „Antrag“ die Wortfolge „oder von Amts wegen“ eingefügt.

36. Dem § 37 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Die Ausstellung eines Herkunftsnachweises nach diesem Gesetz ist unzulässig, wenn für dieselbe KWK-Strommenge ein Herkunftsnachweis nach dem Ökostromgesetz ausgestellt wird.“

37. Im § 38 Abs. 1 Z. 8 wird das Wort „Systemnutzungstarifen“ durch das Wort „Systemnutzungsentgelten“ ersetzt.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

Der Entwurfstext zu Z 37 stimmt nicht mit dem in der Textgegenüberstellung wiedergegebenen Vorschlagstext überein.

38. § 38 Abs. 1 Z. 9 lautet:

„9. die genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen und die bestimmten Systemnutzungsentgelte in geeigneter Weise (z.B. Internet) zu veröffentlichen“,

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich:

Der Text sollte wie folgt lauten:

"... die genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen und die bestimmten Systemnutzungsentgelte sind dem/der Kunden/-in gesondert schriftlich mitzuteilen."

Sonst wäre unter dem Begriff "in geeigneter Weise" die Veröffentlichung in der Kundenzeitung und/oder im Internet auch genügend.

Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst:

Der Punkt wäre durch ein Paragraphenzeichen zu ersetzen.

39. Im § 38 Abs. 1 Z. 23 wird die Wortfolge „mehr als“ ersetzt durch das Wort „mindestens“.

40. Im § 38 Abs. 1 Z. 25 wird der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende Z. 26 bis 29 angefügt:

„26. elektrische Energie, die zur Deckung von Verlusten inklusive Kapazitätsreserven im Verteilernetz verwendet wird, nach transparenten, nicht dis-

- kriminierenden, marktkonformen und marktorientierten Verfahren zu beschaffen,
27. zur Bekanntgabe der eingespeisten Ökoenergie an die gemäß Ökostromgesetz zuständigen Stelle,
 28. den Übertragungsnetzbetreiber zum Zeitpunkt der Feststellung des technisch geeigneten Anschlusspunktes über die geplante Errichtung von Erzeugungsanlagen mit einer Leistung von 50 MW zu informieren,
 29. als ein vertikal integrierter Verteilernetzbetreiber, an dessen Verteilernetz mindestens 100.000 Kunden angeschlossen sind, Vorsorge zu treffen, dass in der Kommunikations- und Markenpolitik eine Verwechslung in Bezug auf die eigene Identität der Versorgungssparte des vertikal integrierten Unternehmens ausgeschlossen ist. § 54 Abs. 5 gilt sinngemäß.“

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

Richtig müsste es „und werden angefügt“ lauten.

41. § 38 Abs. 2 und 3 lauten:

- „(2) Der Betreiber eines vertikal integrierten Verteilernetzes, an dessen Netz mindestens 100.000 Kunden angeschlossen sind, hat für die Aufstellung und Überwachung der Einhaltung des Gleichbehandlungsprogramms einen völlig unabhängigen Gleichbehandlungsbeauftragten zu benennen. § 54 Abs. 4 gilt sinngemäß. Die Bestellung des Gleichbehandlungsbeauftragten lässt die Verantwortung der Leitung des Verteilernetzbetreibers für die Einhaltung dieses Gesetzes unberührt.
- (3) Die Benennung des Gleichbehandlungsbeauftragten ist der Behörde unter Darlegung der im Abs. 2 geforderten Anforderungen anzuzeigen. Sind die Anforderungen nicht erfüllt, hat dies die Behörde mit Bescheid festzustellen.“

E-Control:

Die Benennung des Gleichbehandlungsbeauftragten sowie die Erstellung des Gleichbehandlungsprogramms ist als Konzessionsvoraussetzung gem. § 54 Abs. 4 ausgestaltet und entspricht § 42 Abs. 3 Z. 4 EIWOG 2010. Somit ist auch dies im Konzessionsverfahren mit zu prüfen, nicht jedoch in einem eigenen (Feststellungs-) Verfahren gem. § 38.

42. Dem § 38 wird folgender Abs. 4 angefügt:

- „(4) Das Gleichbehandlungsprogramm ist über begründetes Verlangen der Behörde zu ändern.“

43. Im § 41 Abs. 1 Z. 2 wird vor der Wortfolge „die Fähigkeit“ eingefügt die Wortfolge „auf lange Sicht“. Nach der Wortfolge „sicherzustellen und“ wird die Wortfolge „unter wirtschaftlichen Bedingungen sowie unter gebührender Beachtung des Umweltschutzes sichere, zuverlässige und leistungsfähige Übertragungsnetze zu betreiben, zu warten und auszubauen sowie“ eingefügt.
44. § 41 Abs. 1 Z. 6 lautet:
„6. die genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen und die bestimmten Systemnutzungsentgelte in geeigneter Weise (z.B. Internet) zu veröffentlichen“,
45. § 41 Abs. 1 Z. 17 lautet:
„17. die zur Verfügung Stellung der zur Erfüllung der Dienstleistungsverpflichtungen erforderlichen Mittel zu gewährleisten“,
46. Dem § 41 Abs. 1 werden folgende Z. 18 bis 26 werden angefügt:
- „18. unter der Aufsicht der nationalen Regulierungsbehörde Engpasserlöse und Zahlungen im Rahmen des Ausgleichsmechanismus zwischen Übertragungsnetzbetreibern gemäß Art. 13 der Verordnung 2009/714/EG einzunehmen, Dritten Zugang zu gewähren und deren Zugang zu regeln sowie bei Verweigerung des Zugangs begründete Erklärungen abzugeben; bei der Ausübung ihrer im Rahmen dieser Bestimmung festgelegten Aufgaben haben die Übertragungsnetzbetreiber in erster Linie die Marktintegration zu erleichtern. Engpasserlöse sind für die in Art. 16 Abs. 6 der Verordnung 2009/714/EG genannten Zwecke zu verwenden,
19. die Übertragung von elektrischer Energie durch das Netz unter Berücksichtigung des Austauschs mit anderen Verbundnetzen zu regeln,
20. ein sicheres, zuverlässiges und effizientes Elektrizitätsnetz zu unterhalten, dh. die Bereitstellung aller notwendigen Hilfsdienste, einschließlich jener, die zur Befriedigung der Nachfrage erforderlich sind, zu gewährleisten, sofern diese Bereitstellung unabhängig von jedweden anderen Übertragungsnetz ist, mit dem das Netz einen Verbund bildet, und Maßnahmen für den Wiederaufbau nach Großstörungen des Übertragungsnetzes zu planen und zu koordinieren, indem er vertragliche Vereinbarungen im technisch notwendigen Ausmaß sowohl mit direkt als auch indirekt angeschlossenen Kraftwerksbetreibern abschließt, um die notwendige Schwarzstart- und Inselbetriebsfähigkeit durch die Übertragungsnetzbetreiber in Kooperation mit den Verteilernetzbetreibern sicherzustellen,

21. einen Netzentwicklungsplan gemäß § 42 zu erstellen und zur Genehmigung bei der Regulierungsbehörde einzureichen,
22. der Regulierungsbehörde jährlich schriftlich Bericht darüber zu legen, welche Maßnahmen sie zur Wahrnehmung ihrer im Rahmen der Verordnung 2009/714/EG und sonstiger unmittelbar anwendbarer Bestimmungen des Unionsrechts auferlegten Transparenzverpflichtungen gesetzt haben. Der Bericht hat insbesondere eine Spezifikation der veröffentlichten Informationen, die Art der Veröffentlichung (z.B. Internetadressen, Zeitpunkte und Häufigkeit der Veröffentlichung sowie qualitative oder quantitative Beurteilung der Datenzuverlässigkeit der Veröffentlichung) zu enthalten,
23. der Regulierungsbehörde jährlich schriftlich Bericht darüber zu legen, welche Maßnahmen sie zur Wahrnehmung ihrer im Rahmen der Richtlinie 2009/72/EG und sonstiger unmittelbar anwendbarer Bestimmungen des Unionsrechts auferlegten Verpflichtungen zur technischen Zusammenarbeit mit Übertragungsnetzbetreibern der Europäischen Union sowie Drittländern gesetzt haben. Der Bericht hat insbesondere auf die mit den Übertragungsnetzbetreibern vereinbarten Prozesse und Maßnahmen hinsichtlich länderübergreifender Netzplanung und -betrieb sowie auf vereinbarte Daten für die Überwachung dieser Prozesse und Maßnahmen einzugehen,
24. Unterstützung der ENTSO (Strom) bei der Erstellung des gemeinschaftsweiten Netzentwicklungsplans,
25. zur Einrichtung einer besonderen Bilanzgruppe für die Ermittlung der Netzverluste, die nur die dafür notwendigen Kriterien einer Bilanzgruppe zu erfüllen hat,
26. elektrische Energie, die ausschließlich zur Deckung von Energieverlusten inklusive Kapazitätsreserven im Übertragungsnetz verwendet wird, nach transparenten, nicht-diskriminierenden und marktorientierten Verfahren zu beschaffen. Falls eine Beschaffung für Dritte erfolgt, sind die Beschaffungsmengen getrennt nach Eigenbedarf und Beschaffung für Dritte täglich bis spätestens 9 Uhr in transparenter Weise im Internet zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung umfasst die Darstellung des bereits abgeschlossenen Einkaufs für den Vortag und der für den Folgetag bereits beschafften bzw. noch zu beschaffenden elektrischen Energie. Eine getrennte Unterteilung nach der Beschaffung am Terminmarkt, Spotmarkt, Intra-day-Markt und Ausgleichsenergiemarkt ist dabei jeweils vorzunehmen.“

Austrian Power Grid:

Eine Trennung der Beschaffung für Netzverluste (§ 41 Abs. 1 Z. 26) für den eigenen und für den Bedarf von Dritten ist schon aufgrund des Systems der gemeinsamen

Beschaffung nicht möglich. Es wird keine Unterscheidung zwischen Eigenbedarf und Bedarf von Dritten gemacht. APG regt daher die Streichung des diesbezüglichen Satzes an.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

- a) Zur Novellierungsanordnung: Das Wort „werden“ wäre nur einmal zu verwenden. Da jede Ziffer mit einem Beistrich, die letzte Ziffer der geltenden Fassung aber mit einem Punkt abgeschlossen wird, wäre überdies der erwähnte Punkt durch einen Beistrich zu ersetzen.
- b) Zu Z 20: Es wird zur Erwägung gestellt, den Fachausdruck „Schwarzstart- und Inselbetriebs-fähigkeit“ auch in § 2 Abs. 1 zu definieren.
- c) Zu Z 23: Verwendet wird der Ausdruck „Dritländer“, definiert ist aber (§ 2 Abs. 1 Z. 11) der Ausdruck „Drittstaaten“.

47. § 41 Abs. 2 lautet:

„(2) Wirkt ein Übertragungsnetzbetreiber, der Teil eines vertikal integrierten Elektrizitätsunternehmens ist, an einem zur Umsetzung der regionalen Zusammenarbeit geschaffenen gemeinsamen Unternehmen mit, ist dieses gemeinsame Unternehmen verpflichtet, ein Gleichbehandlungsprogramm aufzustellen und es durchzuführen. Darin sind die Maßnahmen aufzuführen, mit denen sichergestellt wird, dass diskriminierende und wettbewerbswidrige Verhaltensweisen ausgeschlossen werden. In diesem Gleichbehandlungsprogramm ist festzulegen, welche besonderen Pflichten die Mitarbeiter im Hinblick auf die Erreichung des Ziels der Vermeidung diskriminierenden und wettbewerbswidrigen Verhaltens haben. Das Programm bedarf der Genehmigung durch die Agentur. Die Einhaltung des Programms ist durch den Gleichbehandlungsbeauftragten des Übertragungsnetzbetreibers zu kontrollieren.“

48. § 41 Abs. 3 lautet:

„(3) Übertragungsnetzbetreiber sind verpflichtet, zu den jeweils genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen mit Netzzugangsberechtigten innerhalb des von ihrem Übertragungsnetz abgedeckten Gebietes privatrechtliche Verträge über den Anschluss an ihr Netz mit Netzzugangsberechtigten abzuschließen, wenn ihnen elektrische Energie mit einer Nennspannung von über 110 kV übergeben werden soll und der Verteilernetzbetreiber technisch oder wirtschaftlich nicht in der Lage ist, innerhalb des von seinem Verteilernetz abgedeckten Gebietes privatrechtliche Verträge über den Netzanschluss abzuschließen.“

49. Dem § 41 werden folgende Abs. 4 bis 6 angefügt:

- „(4) Die Allgemeine Anschlusspflicht besteht nicht, soweit der Anschluss dem Übertragungsnetzbetreiber unter Beachtung der Interessen der Gesamtheit der Netzbenutzer im Einzelfall technisch oder wirtschaftlich nicht zumutbar ist.
- (5) Ob die Allgemeine Anschlusspflicht besteht, hat die Behörde auf Antrag eines Netzzugangsberechtigten oder eines Übertragungsnetzbetreibers mit Bescheid festzustellen.
- (6) Über Rechtsstreitigkeiten, die sich zwischen dem Übertragungsnetzbetreiber und den Netzzugangsberechtigten aus dem Vertrag über die Regelung des Netzanschlusses ergeben, haben die ordentlichen Gerichte zu entscheiden.“

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

Abs. 6 regelt eine Angelegenheit des Zivilrechtswesens, ohne dass Erforderlichkeit im Sinne des Art. 15 Abs. 9 B-VG angenommen werden könnte. Er hätte daher zu entfallen.

50. § 42 lautet:

„§ 42
Netzentwicklungsplan

- (1) Die Übertragungsnetzbetreiber haben der Regulierungsbehörde jedes Jahr einen zehnjährigen Netzentwicklungsplan für das Übertragungsnetz zur Genehmigung vorzulegen, der sich auf die aktuelle Lage und die Prognosen im Bereich von Angebot und Nachfrage stützt.
- (2) Zweck des Netzentwicklungsplans ist es insbesondere,
1. den Marktteilnehmern Angaben darüber zu liefern, welche wichtigen Übertragungsinfrastrukturen in den nächsten zehn Jahren errichtet oder ausgebaut werden müssen,
 2. alle bereits beschlossenen Investitionen aufzulisten und die neuen Investitionen zu bestimmen, die in den nächsten drei Jahren durchgeführt werden müssen, und
 3. einen Zeitplan für alle Investitionsprojekte vorzugeben.
- (3) Ziel des Netzentwicklungsplans ist es insbesondere,
1. der Deckung der Nachfrage an Leitungskapazitäten zur Versorgung der Endverbraucher unter Berücksichtigung von Notfallszenarien,

2. der Erzielung eines hohen Maßes an Verfügbarkeit der Leitungskapazität (Versorgungssicherheit der Infrastruktur), und
3. der Nachfrage nach Leitungskapazitäten zur Erreichung eines europäischen Binnenmarktes nachzukommen.
- (4) Bei der Erarbeitung des Netzentwicklungsplans hat der Übertragungsnetzbetreiber angemessene Annahmen über die Entwicklung der Erzeugung, der Versorgung, des Verbrauchs und des Stromaustauschs mit anderen Staaten unter Berücksichtigung der Investitionspläne für regionale Netze gemäß Art. 12 Abs.1 der Verordnung 2009/714/EG und für gemeinschaftsweite Netze gemäß Art.8 Abs.3 lit. b der Verordnung 2009/714/EG zugrunde zu legen. Der Netzentwicklungsplan hat wirksame Maßnahmen zur Gewährleistung der Angemessenheit des Netzes und der Erzielung eines hohen Maßes an Verfügbarkeit der Leitungskapazität (Versorgungssicherheit der Infrastruktur) zu enthalten.
- (5) Der Übertragungsnetzbetreiber hat bei der Erstellung des Netzentwicklungsplans die technischen und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten, die Interessen aller Marktteilnehmer sowie die Kohärenz mit dem gemeinschaftsweiten Netzentwicklungsplan zu berücksichtigen. Vor Einbringung des Antrages auf Genehmigung des Netzentwicklungsplans hat der Übertragungsnetzbetreiber alle relevanten Marktteilnehmer zu konsultieren.
- (6) In der Begründung des Antrages auf Genehmigung des Netzentwicklungsplans haben die Übertragungsnetzbetreiber, insbesondere bei konkurrierenden Vorhaben zur Errichtung, Erweiterung, Änderung oder dem Betrieb von Leitungsanlagen, die technischen und wirtschaftlichen Gründe für die Befürwortung oder Ablehnung einzelner Vorhaben darzustellen und die Beseitigung von Netzengpässen anzustreben.“

51. Im § 43 Abs. 1 entfällt das Wort „Verbund“.

52. Im § 43 Abs. 2 Z. 1 wird der Klammerausdruck „(Frequenz-/Leistungsregelung)“ durch den Klammerausdruck „(Leistungs- Frequenz-Regelung) und die Abkürzung „UCTE“ durch die Abkürzung „ENTSO (Strom)“ ersetzt.

Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst:

Zwischen den Wortteilen „Leistungs-“ und „Frequenz-“ wäre das Leerzeichen zu streichen.

53. Im § 43 Abs. 2 Z. 3 entfällt die Wortfolge „des Bilanzgruppenkoordinators“.
54. Im § 43 Abs. 2 Z. 5 wird der Klammerausdruck „(Erhöhung oder Einschränkung der Erzeugung, Veränderung der Kraftwerksverfügbarkeit)“ durch den Klammerausdruck „(Erhöhung oder Einschränkung der Erzeugung, der Veränderung der Verfügbarkeit von Erzeugungsanlagen)“ ersetzt. Nach der Wortfolge „dabei ist“ wird die Wortfolge „Erzeugungsanlagen, in denen erneuerbare Energiequellen eingesetzt werden, der Vorrang zu geben und“ eingefügt.
55. § 43 Abs. 2 Z. 6 lautet:
„6. der Abruf der Kraftwerke zur Aufbringung von Regelenergie,“
56. § 43 Abs. 2 Z. 5a und 14 entfallen. Im § 43 Abs. 2 erhalten die (bisherigen) Ziffern 15, 16 und 17 die Bezeichnung Z. 14, 15 und 16. In Z. 16 (neu) tritt anstelle des Zitates „Z. 16“ das Zitat „Z. 15“.
57. § 43 Abs. 2 Z. 14 (neu) lautet:
„14. die Veröffentlichung der in Anspruch genommenen Primärregelleistung und Sekundärregelleistung hinsichtlich Dauer und Höhe sowie der Ergebnisse der Ausschreibungsverfahren gemäß Abs. 3 und § 69 EIWOG 2010. Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Ausschreibungen umfasst mindestens die Anzahl der abgegebenen Angebote, die Anzahl der Teilnehmer, den maximalen Leistungspreis (€/MW), den Grenzleistungspreis (€/MW), sowie eine anonymisierte Übersicht der Einzelangebote.“

Austrian Power Grid:

§ 43 Abs. 2 Z. 14 sieht Details zur Veröffentlichung der Ausschreibungsergebnisse vor. Eine derartige Vorgehensweise führt zu einer besseren Planbarkeit der Angebote für Anbieter, allerdings zu einer Verminderung der Marktanreize. Die gewünschte Marktorientierung bei der Beschaffung wäre dadurch eindeutig beeinträchtigt. APG regt daher die Streichung des zweiten Satzes an.

58. Im § 43 Abs. 2 Z. 16 (neu) wird der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende Z. 17 bis 26 angefügt:
„17.mit der Agentur sowie der Regulierungsbehörde zusammenzuarbeiten, um die Kompatibilität der regional geltenden Regulierungsrahmen und damit die Schaffung eines Wettbewerbsbinnenmarkts für Elektrizität zu gewährleisten,

18. für Zwecke der Kapazitätsvergabe und der Überprüfung der Netzsicherheit auf regionaler Ebene über ein oder mehrere integrierte Systeme zu verfügen, die sich auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten erstrecken,
19. regional und überregional die Berechnungen von grenzüberschreitenden Kapazitäten und deren Vergabe gemäß den Vorgaben der Verordnung 2009/714/EG zu koordinieren,
20. Maßnahmen, die der Markttransparenz dienen, grenzüberschreitend abzustimmen,
21. die Vereinheitlichung zum Austausch von Regelenergieprodukten durchzuführen,
22. in Zusammenarbeit mit anderen Regelzonenführern eine regionale Bewertung bzw. Prognose der Versorgungssicherheit vorzunehmen,
23. in Zusammenarbeit mit anderen Regelzonenführern unter Austausch der erforderlichen Daten eine regionale Betriebsplanung durchzuführen und koordinierte Netzbetriebssicherheitssysteme zu verwenden,
24. die Vorlage der Regeln für das Engpassmanagement einschließlich der Kapazitätszuweisung an den grenzüberschreitenden Leitungen sowie jede Änderung dieser Regeln zur Genehmigung an die Regulierungsbehörde,
25. Angebote für Regelenergie einzuholen, zu übernehmen und eine Abrufreihenfolge als Vorgabe für Regelzonenführer zu erstellen. Die Ausschreibungsbedingungen haben transparent und diskriminierungsfrei zu sein und haben einer möglichst großen Anzahl von geeigneten Anbietern eine Teilnahme an der Ausschreibung zu ermöglichen. Potentielle Marktteilnehmer sind in den Prozess der Ausschreibungsbedingungen einzubinden,
26. besondere Maßnahmen zu ergreifen, wenn keine Angebote für Regelenergie vorliegen.“

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

In der Novellierungsanordnung müsste es „und werden ... angefügt“ lauten.

In Z 24 müsste es „ Vorlage ... jeder Änderung“ lauten.

59. § 43 Abs. 3 bis 6 entfallen. Im § 43 erhalten die (bisherigen) Absätze 7 bis 10 die Bezeichnung Abs. 3 bis 6. Im § 43 Abs. 3 (neu) wird die Abkürzung „(UTCE)“ durch die Abkürzung „(ENTSO)“ ersetzt. Im § 43 Abs. 6 (neu) tritt anstelle des Zitates „Abs. 8“ das Zitat „Abs. 4“.
60. Die Überschrift des § 45 lautet: „Pflichten der Stromhändler und sonstigen Lieferanten, Versorger letzter Instanz“

61. Im § 45 Abs. 1 wird die Wortfolge „Energie Control Kommission“ durch das Wort „Regulierungsbehörde“ ersetzt.

62. Im § 45 Abs. 2 erhält die Ziffer 7 die Bezeichnung Z. 8. Im § 45 Abs. 2 erhält die (bisherige) zweite Ziffer 6 die Bezeichnung Z. 7.

63. § 45 Abs. 2 Z. 6 lautet:

„6. etwaige Entschädigungs- und Erstattungsregelungen bei Nichteinhaltung der vertraglich vereinbarten Leistungsqualität einschließlich fehlerhafter und verspäteter Abrechnung;“

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

In Anpassung an § 80 Abs. 3 Z 5 EIWOG 2010 in § 45 Abs. 2 Z. 6 wäre nach dem Wort „Leistungsqualität“ ein Beistrich zu setzen.

64. Im § 45 Abs. 2 Z. 8 (neu) wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgende Z. 9 angefügt:

„9. Modalitäten, zu welchen der Kunde verpflichtet ist, Teilbetragszahlungen zu leisten, wobei eine Zahlung zumindest zehn Mal jährlich anzubieten ist.“

65. § 45 Abs. 4 und 5 lauten:

„(4) Stromhändler und sonstige Lieferanten, zu deren Tätigkeitsbereich die Versorgung von Haushaltskunden zählt und die im Land NÖ tätig sind, haben ihren Allgemeinen Tarif für die Versorgung in letzter Instanz von Haushaltskunden und Kleinunternehmen in geeigneter Weise (z. B. Internet) zu veröffentlichen. Sie sind verpflichtet, im Landesgebiet zu ihren geltenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen und zu diesem Tarif Verbraucher im Sinne des § 1 Abs. 1 Z. 2 KSchG und Kleinunternehmen, die sich ihnen gegenüber auf die Grundversorgung berufen, mit elektrischer Energie zu beliefern (Pflicht zur Grundversorgung).

(5) Der Allgemeine Tarif der Grundversorgung für Verbraucher im Sinne des § 1 Abs. 1 Z. 2 KSchG darf nicht höher sein als jener Tarif, zu dem die größte Anzahl ihrer Kunden im Land NÖ, die Verbraucher im Sinne des § 1 Abs. 1 Z. 2 KSchG sind, versorgt werden. Der Allgemeine Tarif der Grundversorgung für Kleinunternehmer darf nicht höher sein als jener Tarif, der gegenüber vergleichbaren Kundengruppen im Land NÖ Anwendung findet. Dem Verbraucher im Sinne des § 1 Abs. 1 Z. 2 KSchG, der sich auf die Grundversorgung beruft, darf im Zusammenhang mit der Aufnahme der Belieferung keine Sicherheitsleistung (Barsicherheit, Bankgarantie, Hinter-

legung von nicht vinkulierten Sparbüchern) oder Vorauszahlung abverlangt werden, welche die Höhe einer Teilzahlung für einen Monat übersteigt. Gerät der Verbraucher während sechs Monaten nicht in weiteren Zahlungsverzug, so ist ihm die Sicherheitsleistung zurückzuerstatten und von einer Vorauszahlung abzusehen, solange nicht erneut ein Zahlungsverzug eintritt. Anstelle einer Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung kann auch ein Vorauszahlungszähler zur Verwendung gelangen.“

Vereinigung Österreichischer Elektrizitätswerke:

Die Neuregelung sieht vor, dass „der Allgemeine Tarif der Grundversorgung für Kleinunternehmer nicht höher sein darf als jener Tarif, der gegenüber vergleichbaren Kundengruppen im Land NÖ Anwendung findet.“ Wir weisen darauf hin, dass es insbesondere bei kleinen Stromhändlern dazu kommen kann, dass es keine oder nur eine sehr kleine „vergleichbare Kundengruppe“ gibt oder dass einige dieser Unternehmen einen „Spezialtarif“ in Abhängigkeit ihres speziellen Lastprofils haben und somit ein Unternehmer, der sich auf die Grundversorgung beruft, nicht klar eingeordnet werden kann. Weiters erscheint es sinnvoll, wenn neben dem Kunden auch der Netzbetreiber und der Stromhändler die Möglichkeit bekommen für die Begleichung offener Netzentgelte oder offener Energierechnungen den Einbau eines Münzzählers oder eines Prepayment-Systems (durch den Netzbetreiber) zu verlangen. Damit haben insbesondere zahlungsschwache Kunden die Möglichkeit mittelfristig ihre Außenstände abzubauen und zugleich elektrische Energie zu beziehen. Eine derartige Vorgehensweise hat sich in der Vergangenheit bereits bestens bewährt. Um die dadurch entstehenden offenen Fragen abdecken zu können, wäre es sinnvoll eine Verordnungsermächtigung des Landesgesetzgebers einzufügen. Wir begrüßen ausdrücklich die Beibehaltung des Abs. 6 des § 45!

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

Eine geringfügige Abweichung findet sich im Zusammenhang mit Z. 65 (§ 45 Abs. 5 vorletzter Satz) des Entwurfs und der Textgegenüberstellung.

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich:

Besonders in Bezug auf Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung sowie Teilbetragszahlung wäre eine viel engere Definition "schutzbedürftiger Kunde" und "Kleinunternehmer" dringend notwendig. Sonst kommt es zu einer starken Belastung der KonsumentInnen auf Grund ihrer hohen Anzahl durch die "Sozialisierung" der Kosten durch den Netzbetreiber bzw. Energielieferanten. Es sollte auch präzisiert werden, unter welchen Bedingungen etwaige Sicherheitsleistungen zu leisten sind oder ein

Vorauszahlungszähler zur Anwendung gelangt sowie zu welchen Kosten dies passiert.

66. Im § 46 Abs. 3 Z. 4 wird der Klammerausdruck „(Erhöhung oder Einschränkung der Erzeugung sowie Veränderung der Kraftwerksverfügbarkeit)“ durch den Klammerausdruck „(Erhöhung oder Einschränkung der Erzeugung sowie Veränderung der Verfügbarkeit von Erzeugungsanlagen)“ ersetzt. In Z. 5 wird die Wortfolge „Kraftwerksverfügbarkeit des Kraftwerksbetreibers“ ersetzt durch die Wortfolge „Verfügbarkeit von Erzeugungsanlagen“.

67. Im § 46 Abs. 3 Z. 5 tritt anstelle des Zitates „§ 43 Abs. 2 Z. 5a“ das Zitat „§ 23 Abs. 9 EIWOG 2010“.

68. Im § 46 Abs. 3 Z. 5 wird der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende Z. 6 angefügt:

„6. auf Anordnung des Regelzonenführers mit technisch geeigneten Erzeugungsanlagen bei erfolglos verlaufender Ausschreibung gegen Ersatz der tatsächlichen Aufwendungen die Sekundärregelung bereit zu stellen und zu erbringen.“

Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst:

Es wäre auch der Begriff „Kraftwerk“ zu ändern.

69. Im § 46 Abs. 5 Z. 2 tritt anstelle des Zitates „§ 43 Abs. 7“ das Zitat „§ 43 Abs. 4“.

70. Im § 46 Abs. 6 tritt anstelle des Zitates „§ 25 Abs. 5 Z. 1 bis 3 EIWOG“ das Zitat „§ 63 Z. 1 bis 3 EIWOG 2010“.

71. Im § 46 Abs. 8 wird das Wort „Jahreserzeugungsmengen“ durch die Wortfolge „Nettojahreserzeugungsmengen (Einspeisung ins öffentliche Netz)“ ersetzt.

Austrian Power Grid:

Die Zahlungspflicht der Erzeuger mit Anlagen größer 5 MW für Primärregelung (§ 46 Abs. 8) soll sich – wie bisher vorgesehen – weiterhin nach der Jahreserzeugungsmenge bemessen, da sich der Aufwand der Regelzonenführer von der gesamten Engpassleistung des Kraftwerks/Kraftwerksparks ableitet. Die im Entwurf vorgesehene Abstimmung auf die Nettojahreserzeugungsmenge würde zu unterschiedlichen Verrechnungsgrundsätzen in den einzelnen Bundesländern führen.

72. In den §§ 47 Abs. 2 Z. 2, 48 Abs. 1, 49 Abs. 2, 5 und 6 sowie 50 Abs. 1 und 2 wird jeweils die Wortfolge „Energie-Control GmbH“ durch das Wort „Regulierungsbehörde“ ersetzt.
73. Im § 49 Abs. 1 wird die Wortfolge „Personengesellschaft des Handelsrechtes“ durch die Wortfolge „eingetragene Personengesellschaft“ ersetzt. Im § 49 Abs. 2 wird das Wort „EIWOG“ durch die Wortfolge „EIWOG 2010“ ersetzt.
74. Im § 51 Abs. 1 Z. 5 wird die Wortfolge „in Österreich“ und im § 51 Abs. 1 Z. 7 wird die Wortfolge „im Inland“ jeweils durch die Wortfolge „in einem EU-Mitgliedstaat oder EWR-Vertragsstaat“ ersetzt.
75. Im § 51 Abs. 2 Z. 12 wird das Wort „ändern“ durch das Wort „anderen“ ersetzt.
76. Im § 51 Abs. 3 tritt anstelle des Zitates „§ 70 Abs. 2 EIWOG“ das Zitat „§ 113 Abs. 2 EIWOG 2010“. § 51 Abs. 3 Z. 1 und 5 entfallen. Im § 51 Abs. 3 erhalten die (bisherigen) Ziffern 2, 3, 4, 6 und 7 die Bezeichnung Z. 1, 2, 3, 4, 5.
77. § 51 Abs. 3 Z. 5 letzter Satz (neu) lautet:
 „Dazu zählen jedenfalls eine aktuelle Darstellung der eingelangten Angebote für Regelenergie und -leistung (ungewollter Austausch, Primär-, Sekundär- und Tertiärregelung) oder ähnliche Marktinstrumente sowie eine aktuelle Darstellung der abgerufenen Angebote.“
78. Die Überschrift des Hauptstückes VI lautet: „Ausübungsvoraussetzungen für Regelzonenführer und Verteilernetze“. Die Überschrift des Abschnittes 1 des Hauptstückes VI lautet: „Regelzonenführer“

79. § 52 lautet:

„§ 52

Voraussetzungen, Feststellungsverfahren

- (1) Die Zusammenfassung von Regelzonen in Form eines gemeinsamen Betriebs durch Regelzonenführer ist zulässig.
- (2) Der Übertragungsnetzbetreiber kann mit der Funktion des Regelzonenführers auch ein drittes Unternehmen betrauen, das auch seinen Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union haben kann, wenn dieses Unternehmen geeignet ist, die Aufgaben gemäß § 43 zu erfüllen. Zur Sicherstellung der Unabhängigkeit dieses Unternehmens sind die Be-

stimmungen des § 54 Abs. 2 Z. 1 bis 4 sinngemäß einzuhalten. Die beabsichtigte Betrauung ist der Behörde anzuzeigen.

- (3) Über Aufforderung der Behörde hat der Übertragungsnetzbetreiber Unterlagen zum Nachweis der Erfüllung der in Abs. 2 festgelegten Voraussetzungen binnen angemessener Frist vorzulegen. Über das Ergebnis der Überprüfung hat die Behörde einen Feststellungsbescheid zu erlassen. Vor Erlassung dieses Feststellungsbescheides hat die Behörde mit jenen Landesregierungen das Einvernehmen herzustellen, in deren Wirkungsbereich sich die Regelzone erstreckt.
- (4) Hat die Behörde mit Bescheid festgestellt, dass die Voraussetzungen gemäß Abs. 2 nicht vorliegen, gilt die Betrauung als zurückgenommen.“

80. Im § 54 Abs. 1 wird die Wortfolge „mehr als“ durch das Wort „mindestens“ ersetzt.

81. § 54 Abs. 2 Z. 3 und 4 lautet:

- „3. der Verteilernetzbetreiber über die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Ressourcen, einschließlich der personellen, technischen, materiellen und finanziellen Mittel verfügt, die für den Betrieb, die Wartung oder den Ausbau des Verteilernetzes erforderlich sind und gewährleistet ist, dass der Verteilernetzbetreiber über die Verwendung dieser Mittel unabhängig von den übrigen Bereichen des integrierten Unternehmens entscheiden kann,
4. aus dem Gleichbehandlungsprogramm hervorgeht, welche Maßnahmen zum Ausschluss diskriminierenden Verhaltens getroffen werden; weiters sind Maßnahmen vorzusehen, durch die die ausreichende Überwachung der Einhaltung dieses Programms gewährleistet wird. In diesem Programm ist insbesondere festzulegen, welche Pflichten die Mitarbeiter im Hinblick auf die Erreichung dieses Ziels haben,“

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

Nach dem Relativsatz „die erforderlich sind“ wäre ein Beistrich zu setzen.

82. Dem § 54 werden folgende Abs. 4 und 5 angefügt:

- „(4) Für die Aufstellung und Überwachung der Einhaltung des Gleichbehandlungsprogramms ist gegenüber der Behörde ein Gleichbehandlungsbeauftragter zu benennen. Der Verteilernetzbetreiber hat sicherzustellen, dass der Gleichbehandlungsbeauftragte völlig unabhängig ist und Zugang zu allen Informationen hat, über die der Verteilernetzbetreiber und etwaige verbundene Unternehmen verfügen und die der Gleichbehandlungsbeauftragte

benötigt, um seine Aufgaben zu erfüllen. Die Unabhängigkeit ist jedenfalls gewährleistet, wenn der Gleichbehandlungsbeauftragte während der Laufzeit seines Mandats beim vertikal integrierten Elektrizitätsunternehmens oder deren Mehrheitsanteilseignern weder direkt noch indirekt leitende berufliche Positionen bekleidet. Der benannte Gleichbehandlungsbeauftragte darf nur mit Zustimmung der Behörde abberufen werden.

- (5) Ein Verteilernetzbetreiber, an dessen Netz mindestens 100.000 Kunden angeschlossen sind und der Teil eines vertikal integrierten Unternehmens ist, darf diesen Umstand nicht zur Verzerrung des Wettbewerbs nutzen. Vertikal integrierte Verteilernetzbetreiber haben in ihrer Kommunikations- und Markenpolitik dafür Sorge zu tragen, dass eine Verwechslung in Bezug auf die eigene Identität der Versorgungssparte des vertikal integrierten Unternehmens ausgeschlossen ist. Der Name des Verteilernetzbetreibers hat jedenfalls einen Hinweis auf die Verteilertätigkeit zu enthalten.“

Vereinigung Österreichischer Elektrizitätswerke:

Wir begrüßen ausdrücklich die Klarstellung (auch gegenüber dem EIWOG 2010), dass nur jene vertikal integrierten Verteilernetzbetreiber zu einer von der Versorgungssparte getrennten Kommunikations- und Markenpolitik angehalten sind, an deren Netze mehr als 100.000 Kunden angeschlossen sind.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

In Abs. 4 dritter Satz muss es statt „beim vertikal integrierten Elektrizitätsunternehmen“ vielmehr „bei Unternehmensteilen des vertikal integrierten Elektrizitätsunternehmens“ lauten (§ 32 Abs. 6 EIWOG 2010).

83. Im § 55 Abs. 2 Z. 1 wird das Wort „Familiename“ durch das Wort „Nachname“ ersetzt. In Z. 6 wird die Wortfolge „mehr als“ durch das Wort „mindestens“ ersetzt und vor dem Wort „Gleichbehandlungsbeauftragter“ das Wort „unabhängiger“ eingefügt.
84. Im § 59 Abs. 1 wird die Wortfolge „mehr als“ durch das Wort „mindestens“ ersetzt.
85. Im § 60 Abs. 1 Z. 2 wird nach dem Wort „Ehegatten“ die Wortfolge „oder dem überlebenden eingetragenen Partner“ eingefügt. Im § 61 Abs. 3 wird jeweils nach der Wortfolge „des überlebenden Ehegatten“ die Wortfolge „oder des überlebenden eingetragenen Partners“ und nach der Wortfolge „durch den Ehegatten“ die Wortfolge „oder durch den eingetragenen Partner“ eingefügt. Im § 61 Abs. 4 wird

nach dem Wort „Ehegatten“ die Wortfolge „oder einen fortbetriebsberechtigten eingetragenen Partner“ eingefügt. Im § 61 Abs. 5 wird nach dem Wort „Ehegatten“ die Wortfolge „oder der fortbetriebsberechtigte eingetragene Partner“ eingefügt.

86. Im § 62 Abs. 1 Z. 2 wird die Wortfolge „Personengesellschaft des Handelsrechtes“ durch die Wortfolge „eingetragenen Personengesellschaft“ ersetzt.
87. Im § 65 Abs.1 wird jeweils die Wortfolge „Anhang IV EIWOG“ durch die Wortfolge „Anlage IV EIWOG 2010“ ersetzt.
88. In den §§ 65 Abs. 2 und 66 Abs. 2 wird jeweils nach der Wortfolge „KWK-Richtlinie“ die Wortfolge „in der Entscheidung 2007/74/EG“ eingefügt.
89. Im § 66 Abs. 1 wird die Wortfolge „Energie Control GmbH“ durch das Wort „Regulierungsbehörde“ ersetzt. Dem § 66 Abs. 1 werden folgende Sätze angefügt:
 „Die Benennung ist erforderlichenfalls unter Auflagen oder befristet auszusprechen, soweit dies zur Erfüllung der Voraussetzungen dieses Gesetzes erforderlich ist. Die Benennung ist zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen für die Benennung nicht mehr vorliegen.“
90. Im § 69 Abs. 2 Z. 5 wird die Wortfolge „Wirtschaft und Arbeit“ durch die Wortfolge „Wirtschaft, Familie und Jugend“ ersetzt.
91. § 70 Abs. 1 bis 3 lauten:
- „(1) Eine Verwaltungsübertretung, die von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 25.000 Euro, im Falle der Uneinbringlichkeit mit einer Ersatzfreiheitsstrafe bis zu zwei Wochen, zu bestrafen ist, begeht, wer, sofern sich aus den Absätzen 2 oder 3 nichts anderes ergibt,
1. eine nach § 5 Abs. 1 genehmigungspflichtige Erzeugungsanlage ohne Genehmigung errichtet, wesentlich ändert oder betreibt,
 2. als Rechtsnachfolger die Behörde vom Wechsel nicht verständigt (§ 12 Abs. 6), ohne Fertigstellungsanzeige (§ 12 Abs. 9) eine Erzeugungsanlage in Betrieb nimmt oder der Fertigstellungsanzeige keine entsprechende Bestätigung anschließt (§ 12 Abs. 9),
 3. trotz Aufforderung durch die Behörde (§ 13 Abs. 1) keinen Betriebsleiter bekannt gibt, keine entsprechenden Unterlagen vorlegt, einen Wechsel in der Person des Betriebsleiters (§ 13 Abs.3) nicht bekannt gibt oder den Betrieb der Anlage trotz Untersagung gemäß § 13 Abs. 5 aufrecht hält,

4. die Erzeugungsanlage ohne die gemäß § 14 Abs. 1 erforderliche Betriebsgenehmigung – ausgenommen Probetrieb – betreibt,
5. den Bestimmungen der §§ 16 Abs. 8, 17, 18, 20 Abs. 1, 21 Abs. 1, 26 oder 28 Abs.12 zuwider handelt,
6. den Eigentümer oder den Nutzungsberechtigten eines betroffenen Grundstückes oder allfällige Bergbauberechtigte nicht oder nicht rechtzeitig über den Beginn der Vorarbeiten in Kenntnis setzt (§ 22 Abs. 7),
7. entgegen § 28 Abs. 1 nicht alle notwendigen Maßnahmen ergreift, um schwere Unfälle zu verhüten oder deren Folgen für Menschen und Umwelt zu begrenzen,
8. entgegen § 28 Abs. 2 der Behörde nicht fristgerecht Mitteilung macht oder entgegen § 28 Abs. 3 oder 4 Mitteilungen an die Behörde unterlässt oder diese nicht aktualisiert,
9. entgegen § 28 Abs. 5 kein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle ausarbeitet, verwirklicht und zur Einsicht der Behörde bereithält oder ein solches bei Änderungen der Anlage nicht überprüft und erforderlichenfalls ändert,
10. entgegen § 28 Abs. 6 und 7 keinen Sicherheitsbericht erstellt, einen solchen entgegen § 28 Abs. 7 der Behörde nicht binnen angemessener Frist übermittelt oder entgegen § 28 Abs. 8 nicht überprüft und aktualisiert,
11. entgegen § 28 Abs. 9 keinen internen Notfallplan erstellt oder einen solchen nicht aktualisiert oder entgegen § 28 Abs. 10 zweckdienliche Informationen nicht austauscht,
12. entgegen § 28 Abs. 11 möglicher Weise betroffene Personen nicht über die Gefahren, Sicherheitsmaßnahmen und das richtige Verhalten im Falle eines schweren Unfalls informiert, solche Informationen nicht alle drei Jahre überprüft und aktualisiert oder entgegen § 28 Abs. 11 der Öffentlichkeit nicht ständig zugänglich macht,
13. den Netzzugang zu nicht genehmigten Allgemeinen Netzbedingungen gewährt (§ 30 Abs. 1) oder die Verweigerung des Netzzugangs nicht schriftlich begründet (§ 32 Abs. 2 oder Abs. 3),
14. den Netzzugangsberechtigten auf deren Verlangen keinen detaillierten Kostenvoranschlag über die Netzanschlusskosten vorlegt (§ 34 Abs. 5),
15. den Betrieb eines Netzes ohne Bestellung eines geeigneten Betriebsleiters aufnimmt, die Bestellung des Betriebsleiters nicht genehmigen lässt, das Ausscheiden sowie das Wegfallen einer Voraussetzung für die Genehmigung seiner Bestellung nicht schriftlich anzeigt (§ 35),

16. den Pflichten gemäß den §§ 33 Abs. 1, 7 oder 8, 36, 37, 38, 41, 42 Abs. 1 oder 5, 43, 47 Abs. 2, 3, 4 oder 6, 48, 51 Abs. 2, 3 oder 4, 52 Abs. 1, 2 oder 3, 54 Abs. 2, 4 oder 5 nicht entspricht,
 17. der als bestehend festgestellten Anschlusspflicht (§ 40 Abs. 3) nicht entspricht oder das Recht zum Netzanschluss (§ 39) verletzt,
 18. den Pflichten gemäß den §§ 45 Abs. 1, 2, 3, 4 oder 5 oder 46 Abs. 5 nicht entspricht,
 19. die Tätigkeit eines Bilanzgruppenverantwortlichen ohne Genehmigung gemäß § 49 Abs. 2 oder die Tätigkeit eines Bilanzgruppenkoordinators ohne Berechtigung (§ 51) ausübt,
 20. ein Verteilernetz ohne elektrizitätsrechtliche Konzession betreibt (§ 53 Abs. 1),
 21. die elektrizitätswirtschaftliche Konzession entgegen den Vorschriften dieses Gesetzes durch Dritte ausüben lässt (§ 57 Abs. 1),
 22. trotz der gemäß § 53 Abs. 3 Z. 2 oder Abs. 9, § 59 Abs. 1 oder § 60 Abs. 3 bestehenden Verpflichtung zur Bestellung eines Geschäftsführers oder Pächters die elektrizitätswirtschaftliche Konzession ausübt, ohne die Genehmigung der Bestellung eines Geschäftsführers (§ 58 Abs. 2) oder der Übertragung der Ausübung an einen Pächter (§ 59 Abs. 2) erhalten zu haben,
 23. die Bestellung eines Pächters (§ 59 Abs. 2) oder Geschäftsführers (§ 58 Abs. 2) nicht genehmigen lässt oder das Ausscheiden des Pächters oder Geschäftsführers oder das Wegfallen einer Voraussetzung für die Genehmigung nicht unverzüglich schriftlich anzeigt,
 24. den in Bescheiden, welche auf Grund dieses Gesetzes erlassen worden sind, enthaltenen Auflagen, Aufträgen oder Bedingungen zuwider handelt oder die in den Bescheiden enthaltenen Fristen nicht einhält,
 25. entgegen den Bestimmungen des § 68 Abs. 1 die Erteilung einer Auskunft verweigert, die Einsichtnahme, den Zutritt oder die Entnahme einer Probe gemäß § 68 Abs. 1 oder Abs. 2 nicht gewährt oder den Pflichten gemäß § 68 Abs. 3 nicht entspricht,
 26. den Pflichten gemäß § 73 Abs. 2, 5 oder 7 nicht nachkommt,
 27. den Vorschriften gemäß § 74 Abs. 2, 5, 7, 8, 9, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 21, 23, 25 oder 26 nicht entspricht.
- (2) Eine Verwaltungsübertretung, die von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe von mindestens 10.000 Euro und höchstens 50.000 Euro, im Falle der Uneinbringlichkeit mit einer Ersatzfreiheitsstrafe bis zu vier Wochen, zu bestrafen ist, begeht, wer als Verantwortlicher eines Verteilernetzbetreibers, an dessen Verteilernetz mindestens 100.000 Kunden ange-

geschlossen sind, den Pflichten gemäß den §§ 43 Abs. 4, 46 Abs. 5 und 73 Abs. 4 nicht entspricht.

- (3) Eine Verwaltungsübertretung, die von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe von mindestens 50.000 Euro und höchstens 75.000 Euro, im Falle der Uneinbringlichkeit mit einer Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen zu bestrafen ist, begeht, wer als Verantwortlicher eines Verteilernetzbetreibers, an dessen Verteilernetz mindestens 100.000 Kunden angeschlossen sind, den Pflichten gemäß den §§ 32 Abs. 1, 38 Abs. 1, 2, 3 oder 4, 41 Abs. 1 oder 2, 42 Abs. 1, 43, 45 Abs. 1, 2, 3, 4 oder 5, 47 Abs. 2, 3, 4 oder 6, 51 Abs. 3, 53 Abs. 1, 54 Abs. 2, 4 oder 5, 73 Abs. 5, 74 Abs. 25 oder 26 nicht entspricht.“

92. Vor dem § 71 wird die Überschrift „Hauptstück IX“ durch die Überschrift „Hauptstück VIII“ ersetzt.
93. Die Überschrift des § 73 lautet: „Berichts- und Überwachungspflichten“
94. Im § 73 Abs. 1 wird die Wortfolge „und Arbeit“ durch die Wortfolge „, Familie und Jugend“ ersetzt. Im § 73 Abs. 1 lit. b wird die Wortfolge „Anhang III EIWOG“ durch die Wortfolge „Anlage III EIWOG 2010“ ersetzt.
95. § 73 Abs. 2, 4 und 5 entfallen. Im § 73 erhält der (bisherige) Absatz 3 die Bezeichnung Abs. 2. Im § 73 Abs. 2 (neu) wird die Wortfolge „Energie-Control GmbH“ durch das Wort „Regulierungsbehörde“ ersetzt.
96. Dem § 73 werden folgende Abs. 3 bis 8 angefügt:
- „(3) Die Behörde hat folgende Überwachungsaufgaben im Rahmen ihrer den Elektrizitätsmarkt betreffenden Überwachungsfunktionen. Insbesondere umfassen diese,
1. die Versorgungssicherheit in Bezug auf Zuverlässigkeit und Qualität des Netzes, sowie die kommerzielle Qualität der Netzdienstleistungen,
 2. den Grad der Transparenz am Elektrizitätsmarkt unter besonderer Berücksichtigung der Großhandelspreise,
 3. den Grad und die Wirksamkeit der Marktöffnung und den Umfang des Wettbewerbs auf Großhandelsebene und Endverbraucherebene einschließlich etwaiger Wettbewerbsverzerrungen oder -beschränkungen,
 4. etwaige restriktive Vertragspraktiken einschließlich Exklusivitätsbestimmungen, die große gewerbliche Kunden daran hindern können,

gleichzeitig mit mehreren Anbietern Verträge zu schließen, oder ihre Möglichkeiten dazu beschränken,

5. die Dauer und Qualität der von Übertragungs- und Verteilernetzbetreibern vorgenommenen Neuanschluss-, Wartungs- und sonstiger Reparaturdienste,
6. die Investitionen in die Erzeugungskapazitäten mit Blick auf die Versorgungssicherheit

laufend zu beobachten.

(4) Zur Wahrnehmung der in Abs. 3 genannten Aufgaben sind folgender Daten zu erheben:

1. von Netzbetreibern: Zahl der Neuanschlüsse inklusive jeweils hierfür benötigter Zeit; durchgeführte Wartungs- und Reparaturdienste inklusive jeweils hierfür eingehobener Gebühren und benötigter Zeit; Anzahl der geplanten und ungeplanten Versorgungsunterbrechungen inklusive Anzahl der davon betroffenen Endverbraucher, Leistung, Dauer der Versorgungsunterbrechungen, Ursache und betroffene Spannungsebenen; Merkmale der Spannung in öffentlichen Elektrizitätsversorgungsnetzen; Anzahl der Netzzutritts- und Netzzugangsanträge sowie deren durchschnittliche Bearbeitungsdauer;
2. von Verteilernetzbetreibern: Anzahl der Versorgerwechsel sowie gewechselte Mengen (kWh), jeweils getrennt nach Netzebenen und Lieferanten; Abschalttraten, unter gesonderter Ausweisung von Abschaltungen bei Aussetzung bzw. Vertragsauflösung wegen Verletzung vertraglicher Pflichten; Zahl der Neu- und Abmeldungen; Anzahl der eingesetzten Vorauszahlungszähler; durchgeführte Anzahl der eingeleiteten Wechsel, die dem Netzbetreiber bekannt gemacht wurden, inklusive Anzahl der nicht erfolgreich abgeschlossenen Wechsel; Anzahl der Wiederaufnahmen der Belieferung nach Unterbrechung aufgrund von Zahlungsverzug; Zahl der Endabrechnungen und Anteil der Rechnungen, die später als sechs Wochen nach Beendigung des Vertrages ausgesandt wurden; Anzahl der Kundenbeschwerden und -anfragen samt Gegenstand (z.B. Rechnung und Rechnungshöhe oder Zähler, Ablesung und Verbrauchsermittlung) sowie die durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Beschwerden;
3. von Versorgern: getrennt nach Standard-Lastprofil und nicht Standard-Lastprofil gemessene Kunden: verrechnete Energiepreise in Euro-cent/kWh; Anzahl der Versorgerwechsel sowie gewechselte Mengen

(kWh); Anzahl der eingegangenen Beschwerden samt Beschwerdegründen; Anzahl der versorgten Endverbraucher samt Abgabemenge.

- (5) Der im Abs. 4 genannte Personenkreis ist verpflichtet, der Behörde die Daten gemäß Abs. 4 bis spätestens 31. März des jeweiligen Folgejahres elektronisch zu übermitteln.
- (6) Die Behörde kann mit Verordnung die Erhebungsmasse, -einheiten und -merkmale, Merkmalsausprägung, Häufigkeit, Zeitabstände und Verfahren der laufenden Datenerhebung näher regeln.
- (7) Ein Verteilernetzbetreiber, an dessen Verteilernetz mindestens 100.000 Kunden angeschlossen sind und der Teil eines vertikal integrierten Unternehmens ist, ist von der Behörde laufend zu beobachten, dass er diesen Umstand nicht zur Verzerrung des Wettbewerbs nutzen kann.
- (8) Die Behörde hat allfällige Verstöße von vertikal integrierten Verteilerunternehmen gegen die Bestimmungen des § 54 unverzüglich der Regulierungsbehörde mitzuteilen.“

Vereinigung Österreichischer Elektrizitätswerke:

Dieser Paragraph stellt die niederösterreichische Ausführungsgesetzgebung des § 88 EIWOG 2010 dar. Wir weisen in diesem Zusammenhang eindringlich darauf hin, dass die in dieser Norm geforderten Daten und Informationen zu einer weiteren (unnötigen) Aufblähung der - ohnedies bereits jetzt zu liefernden, haarsträubenden - Datenmengen führt! Die niederösterreichischen EVU sind natürlich bemüht, sinnvolle und vorhandene Datensätze zu melden. In der Vergangenheit hat sich bei ähnlichen Datenmeldungen an diverse Behörden und Statistik-Institute allerdings gezeigt, dass viele der Werte in den Unternehmen nicht in der gewünschten Form und Tiefe vorliegen und erst unter großem Zeit- und Kostenaufwand generiert werden mussten – sofern dies überhaupt möglich war. Wir empfehlen die Liste der zu erhebenden Werte auf ein vertretbares und sinnvolles Minimum zu beschränken. Wir weisen darauf hin, dass sich im steirischen Entwurf des Landesausführungsgesetzes zum EIWOG 2010 in § 59 Abs. 5 zusätzlich die Wortfolge „folgende Daten (sind) ausschließlich für statistische Zwecke ... zu übermitteln“, befindet. Wir halten diese zusätzliche Einschränkung – wie oben dargestellt - für sinnvoll und notwendig und ersuchen diese Einschränkung in den Entwurf des NÖEIWG 2011 aufzunehmen

E-Control (zu Abs. 8):

Der Hinweis auf § 54 greift zu kurz, da entflechtungsrelevante Vorschriften nicht nur in § 54 sondern auch in § 38 Abs. 1 Z 29, § 38 Abs. 3 und Abs. 4, § 73 Abs. 7 sowie § 74 Abs. 25 und 26 zu finden sind. § 42 Abs. 8 EIWOG 2010 spricht nämlich davon,

dass die Informationspflicht der Landesregierung in sämtlichen entflechtungsrelevanten Sachverhalten gilt.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend:

In Abs. 3 ist, wie leider auch in § 88 Abs. 1 EIWOG 2010, der Einleitungsteil („...hat folgende ...umfassen diese,“) sprachwidrig und inkonsistent.

In Abs. 4 wäre in der Wortfolge „sind folgender Daten“ das r zu entfernen.

Der Hinweis auf § 54 greift zu kurz, da entflechtungsrelevante Vorschriften nicht nur in § 54 sondern auch in § 38 Abs. 1 Z. 29, § 38 Abs. 3 und Abs. 4, § 73 Abs. 7 sowie § 74 Abs. 25 und 26 zu finden sind. § 42 Abs. 8 EIWOG 2010 spricht nämlich davon, dass die Informationspflicht der Landesregierung in sämtlichen entflechtungsrelevanten Sachverhalten gilt.

Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst:

Zu § 73 Abs. 6 weisen wir – wie bereits in der Vorbegutachtung – darauf hin, dass Kriterien für die Verordnungserlassung fehlen. Es stellt sich die Frage, welches Ergebnis die zugesagte Anfrage beim Bundesministerium ergeben hat.

97. Die Überschrift des § 75 lautet: „Schlussbestimmungen, Geschlechtsspezifische Bezeichnung, Umgesetzte EU-Richtlinien“

98. § 75 Abs. 3 entfällt. Im § 75 erhält der (bisherige) Absatz 4 die Bezeichnung Abs. 3. Dem § 75 werden folgende Abs. 4 und 5 angefügt:

„(4) Durch dieses Gesetz werden folgende Richtlinien der Europäischen Union umgesetzt:

1. Richtlinie 2009/72/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/54/EG, ABl. L 211 vom 14. August 2009, S. 55ff, soweit diese nicht durch das EIWOG 2010 umgesetzt wird,
2. Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG, ABl. L 140 vom 5. Juni 2009, S. 16ff, soweit diese nicht durch das Ökostromgesetz umgesetzt wird,
3. Richtlinie 2004/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über die Förderung einer am Nutzwärmebedarf orientierten Kraft-Wärme-Kopplung im Energiebinnenmarkt und zur

- Änderung der Richtlinie 92/42/EWG, ABI. L 52 vom 21.2.2004, S. 50ff, soweit diese nicht durch das Ökostromgesetz umgesetzt wird,
4. Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 24. September 1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung, ABI. L 257 vom 10. Oktober 1996, S. 26ff, soweit Erzeugungsanlagen mit einer Brennstoffwärmeleistung von über 50 MW dem Hauptstück II dieses Gesetzes unterliegen,
 5. Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten, ABI. L 156 vom 25. Juni 2003, S. 17, soweit Erzeugungsanlagen mit einer Brennstoffwärmeleistung von über 50 MW dem Hauptstück II dieses Gesetzes unterliegen,
 6. Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen, ABI. L 10 vom 14. Jänner 1997, S. 13ff, soweit Erzeugungsanlagen dem Hauptstück II dieses Gesetzes unterliegen,
 7. Richtlinie 2003/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2003 zur Änderung der Richtlinie 96/82/EG des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen, ABI. L 345 vom 31. Dezember 2003, S. 97ff, soweit Erzeugungsanlagen dem Hauptstück II dieses Gesetzes unterliegen,
 8. Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABI. L 376 vom 27. Dezember 2006, S. 36ff,
 9. Richtlinie 2006/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen und zur Aufhebung der Richtlinie 93/76/EWG des Rates, ABI. L 114 vom 27. April 2006, S. 64.
- (5) Die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden im Sinne der Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden, ABI. L Nr. 143, S. 56 vom 30. April 2004 wird im NÖ Umwelthaftungsgesetz (NÖ UHG), LGBl. 6200, geregelt.“

Artikel II

1. Vertikal integrierte Verteilernetzbetreiber, an deren Netz mindestens 100.000 Kunden angeschlossen sind, sind verpflichtet, binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Artikel I ein den Bestimmungen des Artikel I entsprechendes Gleichbehandlungsprogramm der Behörde vorzulegen. Mit der Vorlage ist auch der völlig unabhängige Gleichbehandlungsbeauftragte der Behörde bekannt zu geben (§ 38 Abs. 2 und 3).

2. Vertikal integrierte Verteilernetzbetreiber, an deren Netz mindestens 100.000 Kunden angeschlossen sind, sind verpflichtet, binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Artikel I jene Maßnahmen mitzuteilen, durch die gewährleistet ist, dass in ihrer Kommunikations- und Markenpolitik eine Verwechslung in Bezug auf die eigene Identität der Versorgungssparte des vertikal integrierten Unternehmens ausgeschlossen ist.